

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Insowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Dringegeld.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Rüste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 $\frac{1}{2}$
Bergmigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 $\frac{1}{2}$
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Holzarbeiter Berlins und der Vororte! Kollegen Deutschlands!

Der gemeinsame Arbeitsnachweis der Tischlerinnung und des Verbandes der Holzindustriellen in Berlin, Alexanderstr. 31, ist strengstens zu meiden. Erfüllt jeder Kollege seine Pflicht, dann wird die schmählische Kontrolle zurückgewiesen und der Plan der Unternehmer, den Holzarbeiterverband lahm zu legen, gründlich vereitelt werden. Darum sei jedes Verbandsmitglied auf dem Posten.

Lohnbewegung.

Zugang ist fern zu halten von:
Tischlern nach Bielefeld (Firma F. Guse), Nienburg (Ersting), Erdmannsdorf i. Riesengebirge, Worms (Hermann Schmuhl, Neufah 5, S. Rausch, Fr. Rausch, R. Hartmann, W. Hens, S. Karle, Jos. Girniel, A. Witter, S. Schoplad, Otto Krenzele, D. Menefke), S. d. d. f. (Firma Beder & Schäfer);
Tischlern und Lackirern nach Neu-Sienburg;
Tischlern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Saalfeld (Ab. Schmidt), Fürth (Otto);
Stäbchen- und Etiquettenschneidern nach Gschwenda (W. Emil Bartholome);
Modelltischlern und Drechslern nach Berlin;
Stelmachern nach Hannover (Fischerhof);
Drechslern nach Zeitz (Worms);
Rammachern nach Berlin (Streich).

Zum vierten Verbandstage.

Am 4. Mai, Abends, werden die Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes im „goldenen Mainz“ zusammentreten zu ernster, fleißiger und — wie wir allesamt hoffen — zu nutzbringender Arbeit. Tagte der Verbandstag in Nürnberg unter dem Einfluß einer damals noch günstigen Geschäftskonjunktur, wird der in Mainz unter dem Drucke des wirtschaftlichen Niederganges seine Arbeiten aufnehmen. Konnte der Vorstand in Nürnberg ein erfreuliches Steigen der Mitgliederzahl berichten, muß er in Mainz leider eine Abnahme des Bestandes konstatieren, und doch wird beflissen, daß der Verbandstag in Mainz am Ende seiner Tagung auf einen Erfolg zurückblicken, wie ihn die vorhergehenden Verbandstage nicht zu verzeichnen hatten. Der wichtigste Beratungspunkt wird auch diesmal wiederum die Arbeitslosenunterstützung sein, deren Einführung, wenn auch mit geringer Mehrheit, von den Mitgliedern beschlossen worden ist; ihren Vertretern wird nur übrig bleiben, die scheinbar gegensätzlichen Interessen auszugleichen. Wir haben zu den Delegierten ein solch unbegrenztes Vertrauen, daß wir sie zu beleidigen fürchten, wenn wir der Meinung Raum geben wollten, als könnte der Eine oder Andere ernsthaft den Versuch machen, die Rechtmäßigkeit des von der Mehrheit der abstimmen Mitglieder gefassten Beschlusses über Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Höhe des Beitrages von 40 $\frac{1}{2}$ anzuzweifeln. Sollten jedoch einzelne Delegierte dem ausgesprochenen Willen ihrer Mandatgeber zufolge gegen die Rechtmäßigkeit des Abstimmungsresultates protestieren wollen, so wird der Verbandstag nichts dagegen einwenden; wir hoffen aber, daß bei gegenseitiger Aussprache alle Zweifel über den zu Recht bestehenden Beschluß gar bald beseitigt sind und daß sowohl Anhänger als Gegner der Arbeitslosenunterstützung gemeinsam nebeneinander mit gleichem Eifer an die Beratung derjenigen Bestimmungen herangehen werden, die zur Regelung des viel umstrittenen Kampfbekjects nötig sind. Das Richtige zu finden, um den Wünschen aller Mitglieder gerecht zu werden, wird äußerst schwer sein. Die mannigfachen Anträge lassen darauf schließen, daß die Delegierten keine goldenen Tage im „goldenen Mainz“ erleben werden; Nerven und Hirn werden angestrengt thätig sein müssen; Alle ohne Unterschied werden froh sein, wenn das Statut unter Dach ist und die Heimreise angetreten werden kann.

Vor allen Dingen wird der Verbandstag in Bezug auf Beitragshöhe dem Grundsatz treu bleiben müssen, daß dieselbe für alle Mitglieder die gleiche ist. Klassenbeiträge festzusetzen ist leichter beantragt als durchgeführt. Wir verkennen nicht, daß es den Kollegen in manchen Landestheilen äußerst schwer wird, den beschlossenen Beitrag aufzubringen, wir wissen aber auch, daß sie ihn trotzdem aufbringen werden, wenn ihnen die gleich hohe Arbeitslosen- und Streikunterstützung gezahlt wird, wie den Mitgliedern in besser gelohnten Gegenden, die den gleichen Beitrag zahlen. Wir haben schon immer, auch auf dem letzten Verbandstag, den Grundsatz vertreten: „Gleiche Beiträge, gleiche Leistungen“. Bei der Arbeitslosenunterstützung wird das nach dem vorliegenden Entwurf des Vorstandes selbstverständlich sein, wir wollen aber, daß auch bei **Lohnkämpfen** nach gleichem Maße gemessen und kein Unterschied gemacht wird zwischen Groß- und Kleinstädten. Daß die Normalrate von nur M. 12 für Streikende in Berlin, Hamburg, München zc. nicht ausreicht, wissen wir, in diesen Fällen mag durch Zahlung von regelmäßigen Extrabeiträgen zu einem Streikfonds die Unterstützung erhöht werden. Diese Normalrate soll aber auch für Ledige und Verheirathete gleich sein. Eine Ausnahme sollte nur den Verheiratheten gegenüber zulässig sein, insofern sie Kinder zu ernähren haben; für diese muß ihnen ein Zuschuß gewährt werden. Wollen die streikenden resp. ausgesperrten ledigen Kollegen zu Gunsten ihrer verheiratheten Mitarbeiter und Mitspreiter sich mit einer niedrigeren Unterstützung begnügen, soll das in ihr Ermessen gestellt sein. Wir zweifeln nicht, daß die Mehrzahl gern ohne Weiteres einen Theil der ihnen statutengemäß zugebachten Unterstützung an die verheiratheten Kollegen zur gleichmäßigen Vertheilung abtreten wird.

Daß auch über die Taktik bei Streiks Manches zu sagen nötig sein wird, unterliegt keinem Zweifel; wenn wir auch zugeben, daß der Vorstand nicht immer die Situation in einem Orte richtig zu beurtheilen vermag, und wenn wir weiter die Möglichkeit zugeben, daß seine ablehnende Stellungnahme der Bewegung am Orte nicht immer günstig ist, so müssen wir doch dringend rathen, nicht den Anträgen die Zustimmung zu geben, welche dem Vorstand das Recht, Streiks zu genehmigen oder zu versagen, **entziehen** oder **beschränken** wollen. Einzelfälle, in denen der Vorstand vielleicht nicht das Richtige traf, können zur Begründung solch' weitgehender Anträge nicht herangezogen werden. Abzulehnen sind alle die Anträge, welche den Vorstand gewissermaßen zum fünften Rad am Wagen machen wollen; wir meinen die Anträge zu den §§ 5 und 7 des Streikreglements. Wir halten die Gauvorstände für sehr nützliche Körperschaften, aber auch für sehr schädliche, sobald sie von der Sucht befallen werden, Herrscher im eigenen Königreiche zu sein. Dazu würde es aber sehr bald kommen, wenn sie allein oder in Gemeinschaft mit den Lokalverwaltungen über die Genehmigung von Streiks zu bestimmen hätten; der Vorstand wäre dann laut Statut zu einer Marionette herabgewürdigt und hätte nach Meinung der Antragsteller nur noch nach allen

Richtungen der Windrose die nöthigen Streikunterstützungsgelder zu schicken, und zwar in dem gleichen Tempo, je nachdem mäßiger oder ungestümmer an der Strippe gezogen würde. So gern wir dabel sind, wenn die Rechte der Mitglieder erweitert werden sollen, aber so weit gehen wir nicht mit und wir hoffen, daß auch der Verbandstag solche zu weitgehenden Wünsche nicht berücksichtigt.

Der weiteren Ausgestaltung des Verbandes, seiner weiteren Ausdehnung und Erstarfung soll vor allen Dingen die Arbeitslosenunterstützung dienen, neben ihr aber auch einer Erweiterung der Unterstützung der ledigen Kollegen auf der Reise. Eine ganze Anzahl Anträge bezweckt, dem Nachwuchs den Eintritt möglichst leicht zu machen, um ihn desto leichter für die Organisation zu gewinnen und ihn der Organisation zu erhalten. Alle darauf bezüglichen Anträge, wie: Ermäßigung des Eintrittsgeldes, Abkürzung der Karenzzeit usw., verdienen die weitestest Berücksichtigung, aber auch die, welche den Gelegenheitsmitgliedern den Wiedereintritt erschweren, d. h. möglichst verhindern wollen, daß Mitglieder leichtfertiger Weise austreten und dadurch ihrer Rechte verlustig gehen.

Einem allgemeinen Wunsch der Mitglieder wird der Verbandstag Rechnung tragen, wenn er eine andere Eintheilung der Wahlbezirke, und zwar nach Gauen, vornimmt. Die Diätenanträge und der bekannte Liegnitzer Protest gegen die in Nürnberg festgesetzten Diäten werden den Verbandstag nicht lange beschäftigen. Wer häufiger Verbandstage besucht hat, weiß, daß bei M. 6 bis 7 Diäten in einem auf große Preise zugeschnittenen Kongressorte nicht fett zu werden ist. Der Verbandstag wird also, wenn er wirtschaftliche Schädigungen seiner Mitglieder verhüten will, alle Anträge, welche unter das in Nürnberg festgesetzte Maß herabgehen, ablehnen müssen.

Auf die sonstigen Anträge, die gewiß alle gut gemeint sind und einige sogar „von Herzen“ kommen dürften, an dieser Stelle näher einzugehen, erübrigt sich. Wir sind überzeugt, daß, wie immer, auch auf dem Verbandstage in Mainz die Delegierten ihre volle Schuldigkeit thun werden, daß sie sowohl Kritik an der Thätigkeit des Vorstandes, der Gauvorstände und ganz besonders an der Leitung des Verbandsorgans üben, als auch mit Verbesserungsorschlägen nicht zurückhalten und gemeinsam mit diesen Körperschaften für das Wohl der Mitglieder und für den Ausbau und die Erstarfung unseres Verbandes ihre ganze Kraft einsetzen werden. Darin täuschen wir uns nicht. Viele der Delegierten sind uns als alte bewährte Strategen persönlich bekannt, viele kennen wir dem Namen nach als eifrige Verfechter der Verbandsinteressen; ihnen allen unseren **Gruß!** Hoffen wir, daß der Vorsitzende des Verbandes, wenn er am Schluß der Verhandlungen einen Rückblick auf dieselben giebt, erklären kann: „Mit der geleisteten Arbeit können wir zufrieden sein; hoffen wir, daß sie dem Verbande Segen bringe.“

Darum auf nach Mainz! An seinen Thoren allen Vertretern, Freunden, Kollegen und Gästen ein herzlich willkommen!

Die Holzölle des neuen Zolltarifs.

II.

dt. Was es mit dem Schutze der Forstwirtschaft, mit dem unsere Ueberzöller in erster Linie die Erhöhung der Holzölle begründen, auf sich hat, haben wir im ersten Artikel klargestellt; wie verhält sich dieser Schutz nun mit den Interessen der Holzindustrie, die bei Festsetzung dieser Zölle jedenfalls ein entscheidendes Wort mitreden dürfte? Betrachten wir zunächst die Säge-Industrie.

Neben den Forstbesitzern, d. h. den Großgrundbesitzern und dem staatlichen und städtischen Fiskus, sollen ja die Sägereibesitzer an der Erhöhung der Holzölle das größte Interesse haben — soweit man wenigstens der amtlichen Begründung glauben schenken kann. Nach dem Zolltarifentwurf sind denn auch namentlich die Zölle auf gesägtes und beschlagenes Holz ganz enorm erhöht worden; während der Zoll auf gesägtes Holz nach dem Vertragstarif bisher M. 4,80, nach dem autonomen Tarif M. 6 pro Festmeter betrug, ist er nach dem neuen Tarif für weiches Holz auf M. 7,50, für hartes auf M. 10 normiert worden. Auch hier ist das Motiv der Zollerhöhung: Die deutsche Säge-Industrie muß geschützt werden. Dieser Zweck dürfte, wie die „Freihandels-Korresp.“ seinerzeit sehr richtig ausgeführt hat, nur vorübergehend erreicht werden, da die Höhe der Zölle bald mehr Kapital in die Branche locken dürfte, wodurch vornehmlich eine schädliche Ueberproduktion hervorgerufen werden würde. Dann ist übrigens noch keineswegs ausgeschlossen, daß Rußland, Oesterreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten, zu deren Hauptausfuhrartikeln beschlagenes bez. gesägtes Holz gehören, angesichts dieser Erhöhung ihres Holzabfuges in Deutschland zu einschneidenden Gegenmaßnahmen greifen werden. Ist doch im Vorjahre nach Bekanntgabe des Zolltarifentwurfs von österreichischen Interessenten sofort mit solchen Maßnahmen gedroht worden. Man sprach in dortigen Holzindustriekreisen wiederholt von der Festsetzung eines Ausfuhrzölles auf Holz, eventuell als Kampfmaßregel jenen Staaten gegenüber, welche, wie das im deutschen Zolltarifentwurf geschehen ist, die Sägewaaren mehr als dreimal so hoch als das weiche Rundholz mit Zöllen belasten, um der Ausfuhr der österreichischen Sägewaaren den Weg zu versperren. Und von Rußland wurden schon vorher ähnliche Gegenmaßnahmen in Aussicht gestellt.

Wo bleibt dann aber die heimische Säge-Industrie? Was müssen ihr dann hohe Schutzölle, wenn durch hohe russische und österreichische Retorsionsölle (Bergelungszölle) jede Zufuhr an rohem Holz und damit jede Arbeitsgelegenheit von Rußland und Oesterreich abgeschnitten wird? Das muß hauptsächlich die ostdeutsche Säge-Industrie schwer treffen, die (es kommt nach dem Zeugnis von Sachkennern gegen 1000 Rollgatter in Betracht) ausschließlich auf die Verarbeitung ausländischer Waare angewiesen ist; ihre Existenz ist durch die Praktiken der Zollwächter direkt bedroht. Wie sehr sich die ostdeutsche Säge-Industrie in den letzten Jahren vermehrt hat, mögen einige Zahlen erweisen, die wir der „Süddeutschen Zeitung“ entnehmen. Darnach arbeiten in Bromberg, Schullz, Jordan, Schönhausen und Carlsdorf zusammengeordnet:

	1898	1899	Also mehr
Berke.....	12	14	2
Rollgatter.....	51	57	6
Horizontalgatter....	15	19	4
Arbeiter.....	789	969	181

Es wurden verarbeitet:

	1898	1899	Also mehr
Rundholz (Stk.)....	800045	851078	51033
Inhalt (Kubimeter)...	267045	300682	33637

Es ist ein recht bedeutendes Quantum Holz, das in diesen paar Sägewerken verarbeitet wurde und die Leistungsfähigkeit dieser Werke, die, wie gesagt, schätzungsweise gegen 1000 Rollgatter im Betrieb haben, dürfte sich unter dem Einfluß der günstigen Zufuhrverhältnisse in den letzten Jahren seit 1899 eher erhöht haben.

Die Holzölle in der angegebenen Weise erhöhen, heißt die ausgedehnte ostdeutsche Säge-Industrie lahm legen; diese wird dann mit der vorwiegend einheimische Waare verarbeitenden Konkurrenz in einen erbitterten Wettbewerb treten müssen, zum Schaden der heimischen Industrie, die geschützt werden soll, und zum Nutzen der ausländischen Konkurrenz, die man sich durch derartige Zollmaßnahmen vom Leibe halten will.

Das nennt man dann eine gesunde Heimathspolitik!

Die übrigen Holzgewerbe werden durch die geplanten Holzölle eher ungünstiger gestellt, als die Säge-Industrie. Der Zolltarif nimmt auf die Möbel- und Musikinstrumentenindustrie, auf die Bauhölzerei und die verschiedenen kleineren Holzindustrien, die auf den Bezug ausländischen Holzes angewiesen sind, die wollen sie sich weiter so günstig entwickeln, wie das in den letzten zehn Jahren geschah und wollen sie namentlich ihre Stellung auf dem Weltmarkt behaupten und weiter festigen, wohlfeile Holzpreise notwendig haben — der Zolltarif nimmt auf diese Industrie keinen Rücksicht, obwohl die Ueberzöller auf jeder Seite der Zolltarifbegründung behaupten, daß sie nur den

„Schutz der nationalen Arbeit“ im Auge haben, sonst würden nicht derartige exorbitante Erhöhungen der Holzölle in Vorschlag gebracht werden. Denn jede Erhöhung des Holzölles ist gleichbedeutend mit einer Erhöhung des Holzpreises, das um so mehr, weil, wie wir im ersten Artikel gesehen haben, die deutsche Forstwirtschaft nicht in der Lage ist, den Inlandsbedarf decken zu können, selbst in einheimischen Hölzern nicht, und wenn die amtliche Begründung zehnmal diese Behauptung aufstellt. Man braucht nur die Ein- und Ausfuhr in Bau- und Nutzholz seit 1894 in Vergleich zu ziehen, die wir in nachstehenden Ziffern wiedergeben:

1. Bau- und Nutzholz, roh oder nur in der Querrichtung mit Art oder Säge bearbeitet.			
	Einfuhr	Ausfuhr	
1894..	1587758 t = 52,2 Mill. Mt.	176177 t = 7,0 Mill. Mt.	
1895..	1700894 „ = 59,1 „	198015 „ = 7,9 „	
1896..	1840915 „ = 70,2 „	208465 „ = 8,8 „	
1897..	2174546 „ = 92,8 „	186543 „ = 9,0 „	
1898..	2568609 „ = 115,5 „	190010 „ = 9,5 „	
1899..	2471427 „ = 98,0 „	164650 „ = 7,4 „	
1900..	2927827 „ = 76,2 „	182610 „ = 9,8 „	

2. Bau- und Nutzholz, nach der Längsachse beschlagen.			
	Einfuhr	Ausfuhr	
1894....	816878 t = 26,1 Mill. Mt.	6911 t = 0,7 Mill. Mt.	
1895....	401128 „ = 34,1 „	5718 „ = 0,8 „	
1896....	504770 „ = 45,4 „	7863 „ = 0,9 „	
1897....	541494 „ = 54,1 „	28520 „ = 3,4 „	
1898....	667842 „ = 70,1 „	10540 „ = 1,3 „	
1899....	698831 „ = 52,0 „	8104 „ = 0,8 „	
1900....	678846 „ = 86,0 „	14181 „ = 0,8 „	

3. Bau- und Nutzholz, gefügt, Kanthölzer, Säge- und Schnittwaaren.			
	Einfuhr	Ausfuhr	
1894..	789262 t = 43,4 Mill. Mt.	72760 t = 5,2 Mill. Mt.	
1895..	752083 „ = 43,2 „	68819 „ = 4,7 „	
1896..	919448 „ = 57,0 „	72876 „ = 5,4 „	
1897..	1260078 „ = 88,2 „	129112 „ = 10,8 „	
1898..	1398808 „ = 104,9 „	128051 „ = 10,6 „	
1899..	1545996 „ = 123,7 „	124570 „ = 11,2 „	
1900..	1642851 „ = 112,5 „	129995 „ = 11,0 „	

Wie aus vorstehenden der amtlichen Handelsstatistik entnommenen Zahlen ersichtlich ist, ist die Einfuhr an Bau- und Nutzholz fortgesetzt gestiegen, während sich die Ausfuhr in sehr beschränkten Grenzen hielt. Dabei handelt es sich in den oben angeführten Positionen zumeist um Hölzer, die in Deutschland gezogen werden. Die deutsche Holzindustrie ist nach diesen Ergebnissen nun einmal darauf angewiesen, Eiche und Buche aus Oesterreich-Ungarn, Kiefer und Larice aus Rußland und Schweden, Blindholz und Eiche aus Amerika einzuführen, obwohl diese Hölzer in Deutschland gezogen werden, und sie wird auch weiter auf diese Zufuhr angewiesen sein, mögen unsere deutschen Waldbesitzer, durch die den hohen Einfuhrzöllen zu dankenden Preissteigerungen veranlaßt, noch mehr als bisher in ihren Forsten Raubbau treiben oder auch nur den Waldbau forciren. Wenn die deutsche Holzindustrie aber auch für die Zukunft auf eine ebenso bedeutende Zufuhr ausländischer Hölzer angewiesen ist wie bisher, wird sie wohl oder übel auch den durch die geplanten Einfuhrzölle erhöhten Preis mit zahlen müssen. Ja, auch mit den Holzpreisen verhält es sich so wie mit den Getreidepreisen; selbst das im Inland gezogene Holz wird um so viel im Preise steigen, als das durch Einfuhrzölle verschwerte ausländische. Die deutsche Holzindustrie hat dann das Nachsehen. Dabei handelt es sich um nicht unbedeutende Summen. Nach den Vorschlägen des Tarifentwurfs würde auf rohes Holz eine durchschnittliche Zollerhöhung von 30 % pro Festmeter eintreten, was bei einer Einfuhr von über 26 000 000 Doppelzentnern oder im Durchschnitt 3 500 000 Festmetern im Jahre 1900 eine Zoll- und Preisbelastung allein von circa M. 1 000 000 für ausländisches rohes Holz bedeuten würde. Für beschlagenes Holz würde die durchschnittliche Mehrbelastung — die Einfuhrziffer von 1900 angenommen — M. 1 500 000, für gesägtes Holz gar über M. 9 000 000, und dementsprechend würden sich die ganzen Preise der im Inland gezogenen Hölzer verteuern.

So wird der deutschen Holzindustrie künstlich und ohne jeden Grund der Preis ihres notwendigen Rohproduktes in die Höhe getrieben; damit gedenkt man die nationale Arbeit zu schützen, sie, die ohnedies schon gegenüber der ausländischen Konkurrenz mit ungünstigeren Verhältnissen zu rechnen hat. Die Ueberzöller befinden sich nun einmal in der glücklichen Lage, daß sie mit Strupeln nicht geplagt sind. Sie bringen es fertig, hier zu erklären, die Holzölle müssen erhöht werden, um bessere Holzpreise zu erzielen, und bei Begründung der Zölle auf Holzwaaren erklären sie, die Zölle müssen erhöht werden, weil die ausländische Industrie mit ihren billigen Rohstoffen der deutschen zu starke Konkurrenz macht. Wir wollen zum Vergleich der Begründung der Holzölle nur hinweisen auf eine Stelle der Begründung höherer Möbelzölle, wo es auf Seite 365 heißt:

„Es empfiehlt sich im Allgemeinen eine mäßige Steigerung der Zölle für Möbel, um dem Wettbewerb des Auslandes zu begegnen. Ein solcher findet besonders bei den Erzeugnissen aus gebogenem Holz statt. Die heimische Industrie befindet sich hierin gegenüber der überlegenen ausländischen Industrie in einer etwas schwierigen Lage. Der Rohstoff stellt sich im Ausland billiger als bei uns.“

Wie kann man angesichts dieser Sachlage einer weiteren Verteuernng des Rohstoffes für die deutsche Industrie

das Wort reden? Die Ueberzöller bringen das fertig, ebenso wie sie den Milchzoll erhöhen im Hinblick auf die hohen Futtermittel- und hohe Futtermittelpreise, um die Futtermittelpreise zu erhöhen.

Wer findet da nicht den Ausdruck des seligen Dogenkerns an seinen Sohn bekräftigt: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!“

Das Schreinergerbe in München und seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Städten.

Vortrag vom Kollegen Anton Raitz, gehalten am 25. November 1901 im Sozialwissenschaftlichen Verein in München.

Die Klagen in Meisterkreisen, daß das Münchener Schreinergerbe in der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen deutschen Städten zurückgeblieben, und namentlich in der Möbelbranche, in besseren Arbeiten von Mainz und Stuttgart, ebenso in mittlerer und leichter Waare von Berlin, zum Teil auch für längt überflügelt, ja, durch den Import von Berliner und fürther Möbeln der Markt am Platze sehr bedeutend zurückgegangen und geschädigt ist, diese Klagen erkläre ich im Vorherem als vollständig berechtigt, komme aber an der Beimeffung der Schuld an der Ursache dieses Rückganges zu anderen Schlußfolgerungen als die Herren Meister des Schreinergerbes.

Nicht daß ich der Ansicht wäre, daß München auch in der Herstellung künstlerischer Schreinerarbeiten seinen Ruf als Kunststadt nicht zu behaupten vermöchte, das trifft in keiner Weise zu.

Auch die Münchener Schreinererei brachte stets Anerkennenswerthes hervor, und wenn wir unsere Kirchen und unser Nationalmuseum durchwandern, so finden wir herrliche Schreinerarbeiten aus dem 15. und 16. Jahrhundert, herrliche Chorgestühle, Arbeiten der Gotik und Renaissance, an die man sich zuletzt wieder anlehnte. Nicht zu vergessen ist der mächtige Impuls zu höherer kunstgewerblicher Entwicklung wie materiellem Gedeihen, den in den siebziger und anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die reichen Aufträge König Ludwigs II dem Gewerbe gaben.

Jener Aufschwung hat nachgelassen und es ist stiller geworden.

In den letzten Jahren hatte es jedoch den Anschein gehabt, als sollte ein neuer Aufschwung in dieser Branche zu verzeichnen sein. Die Bestrebungen hervorragender begabter Künstler, die sich in den Werkstätten für Kunst im Handwerk vereinigten, um dem Handwerk und nicht zuletzt der Schreinererei neue Formen, künstlerische Formen bis in's kleinste Detail hinein, zu verleihen, einen neuen Zeitsstil zu schaffen.

Diese Bestrebungen sind, was die künstlerische Seite anbetrifft, von Erfolg gekrönt. Die Wohnung sollte nicht bloß behaglich, sondern wieder künstlerisch ausgestattet werden. Ich sagte der künstlerische Erfolg, ob der materielle diesem entspricht, möchte ich bezweifeln. Denn, sehen wir von den Wohnungen der Minderbemittelten ab, so finden wir gerade in heutiger Zeit in den lauffähigen Etagen des Bürgertums, selbst bei den oberen Rehrtaufen, theilweise eine Geschmacklosigkeit in der Wohnungseinrichtung, soweit es die Schreinererei betrifft, die oft geradezu erstaunlich ist.

Bei den Leistungen der Schreinererei, abgesehen von den Fürstenthöfen, im 16., 17. und zum Teil im 18. Jahrhundert in der Ausstattung der bürgerlichen Wohnung, der sogenannten guten Stube, betrachtet, der wird mit mir doch der Ansicht sein, daß das Stilgefühl etwas heruntergekommen ist und für solche hervorragende künstlerische Bestrebungen, wie der Kunst im Handwerk, der Markt, die lauffähige Nachfrage in erster Linie fehlt.

Die Möbelschreinererei hat sich in der Hauptsache zur Herstellung der Massenproduktion entwickelt, und hier wird namentlich von Berlin mit seinen besser eingerichteten Fabriken der Markt vollständig überschwemmt und beherrscht. Dasselbe trifft in der Bauhölzerei zu; hier sind es die großen Spezialfabriken für Türen- und Fensterfabrikation in Karlsruhe, Frankfurt, Berlin, Köln und Königsberg, welche den Markt überschwemmen und nicht zuletzt die schwedischen Fabriken, die trotz des hohen Eingangszölles noch bedeutend billiger liefern, als deutsche Fabriken. Es ist die Entwicklung zum Großbetrieb, zum Spezialbetrieb, die sich in anderen Orten bereits vollzogen hat.

Wie sich die Schreinererei im 14. und 15. Jahrhundert von der Zimmererei löste, so lösen sich mit Hilfe der vervollkommenen Technik aus dem einzelnen Tätigkeitszweig der Schreinererei wieder eigene Spezialbranchen ab. Im Jahre 1870 werden bereits in München die Schreiner genannt und 1459 finden sich unter den 39 Zünften der Stadt München jedes der beiden Gewerbe besonders aufgeführt. Dem Zimmermann blieben die rohen, die herberen Arbeiten, dem Schreiner die feineren. Erst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die Holzbearbeitungsmaschinen allgemein Eingang gefunden und zur Anwendung gebracht wurden, vollzog sich ein rapider Aufschwung zum Großbetriebe.

Vor 50 Jahren war die Schreinererei noch ein völlig handwerklichmäßiges Gewerbe, war doch 1844, wie wir in dem Buche von Dr. Raas, „Der Einfluß der Maschine auf das Schreinergerbe in Deutschland“, lesen können, auf der damaligen Berliner Gewerbeausstellung nur eine einzige Holzbearbeitungsmaschine ausgestellt. In den fünfziger Jahren folgten die Fraismaschinen und erst nach 1870 tauchten in Deutschland die ersten Bandfägen auf und allgemein wurden Hobelmaschinen erst Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in größerem Maßstabe angewandt. Somit ist die Verwendung der Maschinen im Schreinergerbe noch verhältnismäßig jungen Datums.

Welch rasche Zunahme in der Verwendung der Maschinen hier festzustellen ist, zeigen folgende Zahlen der Gewerbezahlungen von 1875 und 1895. In diesem Zeitraum stieg die Zahl der im Reiche gezählten Sägegatter von 141 auf 249, der Hobel- und Fraismaschinen von 649 auf 4961, der Preis- und Bandfägen von 928 auf 4793, der Zirkelschneid- und Stemmmaschinen von 134 auf 612. Aber in diesen Zahlen drückt sich keineswegs der Siegeszug der Maschinen in der Schreinererei aus, denn die 1895 gezählten

Maschinen hatten eine ganz andere Leistungsfähigkeit als ihre recht plumpen Vorgänger im Jahre 1875.

In den 13 Jahren von 1882 bis 1895 konnte man in wenigen Gewerben die Entwicklung der Maschinen so deutlich beobachten, wie in der Schreinerei, die Kleinbetriebe gingen um 14,7 pZt. zurück, die Zahl der Kleinbetriebe (4-5 Personen) vermehrte sich zwar um 6,4 pZt., die größeren Betriebe nahmen aber 151,7 pZt. und die Zahl der in ihnen Erwerbshätigen sogar um 286 pZt. zu; ihr Antheil an den Erwerbshätigen in der Schreinerei hatte sich mehr als verdoppelt, er war von 16,5 pZt. auf 35,2 pZt. gewachsen. Unter den Betrieben mit mehr als fünf Personen hat sich die Zahl derselben mit sechs bis zehn Personen und der darin Erwerbshätigen mehr als verdoppelt, die Zahl der Betriebe mit 11-50 Personen, sowie der mit 51-200 Personen verdreifacht, die Zahl der Betriebe mit mehr als 200 Personen hat sich verdreifacht.

Die Statistiken zeigen demnach starken, positiven und relativen Niedergang der Kleinbetriebe, dagegen schnelle Zunahme aller Betriebe mit mehr als fünf Personen, deren Fortschreiten sich um so rascher vollzieht, je größer sie sind.

Wie stellt sich nun in München das Verhältnis des Kleinbetriebes zum Großbetriebe?

	1875		1882		1895	
	Betriebe	Ge- hülften	Betriebe	Ge- hülften	Betriebe	Ge- hülften
Kleinbetriebe...	146	—	261	—	283	—
Betriebe bis 5 Geh.	291	990	295	1119	467	1489
Betriebe mit mehr als 5 Gehülften	32	527	60	551	171	2225
Insgesamt...	489	1517	406	1670	921	3664

Im Vergleich zu hauptsächlich konkurrierenden Städten entfiel in München im Jahre 1875 auf 115 Einwohner ein Schreiner, im Jahre 1882 auf 127 Einwohner ein Schreiner und im Jahre 1895 auf 109 Einwohner ein Schreiner. Dagegen in Berlin 1895 auf 84 Einwohner ein Schreiner und in Stuttgart sogar auf 60 Einwohner ein Schreiner.

Nach deutlicher zeigt sich der vorherrschende Großbetrieb in Berlin im Gegenfasse zu München; während die Zahl der Betriebe in Berlin gegenüber München bloß dreimal größer, war die Zahl der dort beschäftigten Gehülften nahezu sechsmal größer. Während in München bloß 56,4 pZt. der Gehülften in Betrieben mit mehr als fünf Gehülften beschäftigt sind, sind es in Berlin 76,9 pZt. In Betrieben bis fünf Gehülften arbeiten in München noch 36,4 pZt., in Berlin 17,6 pZt. der Gehülften.

Die Entwicklung der Maschinen im Münchener Schreinergerwerbe zeigt folgendes Bild: Im Jahre 1875 gab es in München 11 Betriebe mit 31 Hülfsmaschinen, 1885 13 Betriebe mit 248 Hülfsmaschinen, 1889 24 Betriebe mit 373 Hülfsmaschinen, 1899 80 Betriebe mit 837 Hülfsmaschinen.

Dementsprechend ist auch die zum Antrieb dieser Hülfsmaschinen nötige Kraft von 41½ Pferdestärken im Jahre 1875 auf 2260 Pferdestärken im Jahre 1899 gestiegen.

Als eigentliche Großbetriebe haben wir in der Möbel-fabrikation lediglich eine Möbelfabrik, welche in günstiger Zeit 70 Schreiner beschäftigt, ihr folgt eine solche mit 45, zwei mit 40 und 8-10 Betriebe, deren Gehülftenzahl zwischen 20 und 30 Möbelschreiner schwankt. Alle diese größeren Fabriken fertigen, mit wenigen Ausnahmen, für ihre eigenen Magazine und Verkaufsläden, in der Hauptsache aber für bestellte Kundschaftsarbeit.

Die Herstellung der mittleren zum Massenproduzieren geeigneten Möbelmaaren ist daher den mittleren und Kleinbetrieben überlassen.

Hier hat sich nun ein Ersatz zur Benutzung von Maschinen, in der Errichtung von sogenannten Lohngeschäften herausgebildet. Solche Geschäfte haben alle gebräuchlichen Holzbearbeitungsmaschinen zur Benutzung für Schreinereien, welche keine solche haben, aufgestellt. Im Jahre 1899 gab es zehn solcher Maschinenlohngeschäfte; daneben vermieteten Schreinereien mit Maschinen diese ebenfalls auch theilweise an Kleinmeister, falls ihr eigener Betrieb die volle Zahl der Maschinen nicht beschäftigt; ebenso eine Bürstenfabrik, welche zugleich die Maschinen an Schreinermeister vermietet. Die Preise der Vermietung solcher Maschinen werden nach Stunden oder Minuten berechnet; so zum Beispiel schwankt der Preis für Benutzung der Hobelmaschine pro Stunde zwischen M 1,40 bis M 1,80, oder für 5 Minuten werden 15 J bezahlt. Preis für die Stunde M 1,30 oder pro 5 Minuten 10 J.

Sind die Arbeiten zugerichtet, so fährt der Gehülfe mit Handlarren oder Wagen in das Lohngeschäft und läßt das Holz bearbeiten, wie er es braucht.

Daß diese Betriebsform gegenüber dem handwerksmäßigen Kleinbetriebe einen Fortschritt, gegenüber der mit eigenen Maschinen ausgerüsteten Möbelfabrik jedoch nicht im Entferntesten als Konkurrenzfähig in Betracht kommt, liegt klar auf der Hand. Im Großbetriebe vereinigt sich der billigere, rationelle Einkauf von Holz, die rationelle Ausnutzung der Maschinen mit dem von technisch gutgeschulten Architekten und Zeichnern geleiteten Betriebsbureau. Nicht zuletzt sind es gerade die Vortheile einer geordneten kaufmännischen Buchführung, wie sie in den Großbetrieben die Regel ist. Erstens hat zum größten Theil der Kleinmeister hohe Miethspreise für Werkstätten und Holzlager zu bezahlen; dann kommt hinzu der große Zeitverlust beim Transport der Holzler von und nach dem Lohngeschäft, sowie der Zeitverlust, hervorgerufen durch Stunden, ja Tage langes Warten im Lohngeschäfte, bis diese oder jene Maschine frei zum Arbeiten ist. Alle diese Nachteile fallen beim Besitzer eigener Maschinen fort. Auch der Preis der Leistung der Maschine verbilligt sich bei ihm. Wie viele kleine Betriebe können keinen ordentlichen Kostenanschlag machen, und wie viele wissen nicht, wenn die Arbeit fertig ist, was sie gekostet hat.

Hier zeigt sich die überlegene Stellung der großen Berliner, Stuttgarter und Mainzer Möbelfabriken, gegenüber unseren Kleinbetrieben, welche noch mangels einer gesicherten dauernden Arbeit oder mangels des Kleinbetriebes am Lohnzahlsfuge sich nicht den stabilen, tüchtigen Stamm von Lohnarbeitern erhalten können, wie erstere. Der Möbelfabrikant führt den Kunden in sein Magazin, zeigt ihm Musterzimmer, weiß demselben mit Hilfe seines technischen Personals an die Hand zu gehen; er ist zugleich Tapezierer

und Dekorateur, und als solcher hat er einen großen Vorsprung und Abzug, was Alles dem Kleinbetriebe fehlt. Schließlich spielt das Renommé solcher Geschäfte auch eine nicht unwesentliche Rolle.

Daher kommt es auch, daß in München die Möbelfabriken eine so bedeutende Rolle spielen. 1875 wurden sechs solcher gezählt, 1882 bereits 22; heute dürften es über 40 sein. Eingeführt werden hauptsächlich aus Berlin polirte Schränke, Schreibtische, Kippstische, Schlafzimmereinrichtungen und namentlich Buffets. Polstergestelle, welche in früheren Jahren namentlich von Stuttgart bezogen wurden, werden jetzt hier durch eine hiesige Fabrik ebenso geliefert; bessere Möbel kommen mehr von Stuttgart als von Berlin.

Ihren sämtlichen Bedarf an polirten Möbeln beziehen die Abzahlungs-geschäfte aus Berlin, während mit Lackirten und einfachen Möbeln hier bei unseren Kleinmeistern förmlicher Hausbau getrieben wird. Ueber den Verdienst solcher Möbelfabrikanten nur ein Beispiel: Für einen polirten einthürigen Spiegelschrank erhält ein Kleinmeister vom Händler M 45-50. Verkauft werden diese zum Preise von M 100-115; zieht man den Betrag für den Spiegel, den der Händler erstelt, mit M 15 ab, bleiben demselben M 40-50. Sogenannte Lackirte fichtene Möbel sind noch bedeutend schlechter bezahlt. Für ein Duzend einfache Bett-laden erhält ein Meister M 50-55, Lackiren kostet dem Händler das Duzend M 15-20, verkauft wird das Stück mit M 8-12 vom Händler.

Sitzmöbel, Sessel und sogenannte gebogene, werden nur in einzelnen Fällen gefertigt, in der Hauptsache werden die Sessel theils aus Würtemberg, jetzt aber namentlich aus Thüringen und Sachsen bezogen. Lanterberg, Geringswalbe sind die Orte, in welchen große Spezialfabriken lediglich nur für die Stuhlfabrikation bestehen. In diesen Fabriken ist die Theilung der Arbeit so durchgeführt, daß der eine Arbeiter jahraus, jahrein nichts macht, als Sitze zusammenleimen; ein anderer macht nur vordere oder hintere Stuhlgestelle, ein weiterer pußt oder stellt den Stuhl zusammen, so daß oft fünf bis sieben Arbeiter als Theilarbeiter an einem Sessel zu verzeichnen sind. Solche Fabriken haben wir hier nicht, lediglich zwei größere Handlungen, welche nur den Titel Stuhlfabriken führen; eine davon beschäftigt auch zwölf Schreiner, fertigt aber lediglich Wirtschaftliche oder massive Stühle für Restaurationen.

(Schluß folgt.)

Aus dem äußersten Osten.

In der Zusammenstellung der Abrechnungen der Bauvorsteher vom letzten Halbjahr wird vom Hauptvorstand darauf hingewiesen, daß im ersten Gau der stärkste Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der erste Gau umfaßt die Provinzen Ost- und Westpreußen und den Regierungsbezirk Bromberg und die Provinz Posen, also die nord-östliche Ecke Deutschlands. Es dürfte angebracht sein, den verhältnismäßig starken Rückgang an Mitgliedern zu erklären. Dabei ist es notwendig, auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der östlichsten Provinzen einzugehen.

Nordost-Deutschland ist noch heute in der Hauptsache ackerbaurend. Anfänge von Industrie bestehen seit geraumer Zeit in größeren Städten. Einzelne Unternehmungen haben es zu respektabler Blüthe gebracht. Wenn nun gesagt wird, daß sich im Osten der wirtschaftliche Niedergang sehr empfindlich bemerkbar macht und auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung außerordentlich ungünstig einwirkt, so klingt das kaum glaubhaft; trotzdem ist es aber so! Seine Ursache hat das darin, daß wir jetzt nicht mehr wenige, sondern zahlreiche Anfänge zur industriellen Entwicklung haben. Als um die Mitte des vorigen Jahrzehnts der wirtschaftliche Aufschwung einsetzte, da sollte auch der zurückgebliebene Osten seinen Antheil am dem goldenen Segen haben, der flüchtig gemacht wurde. Das Wort von der „Industrialisierung des Ostens“ wurde geprägt. Immer wieder wurde auf die Bedürfnislosigkeit der Arbeiter bei uns im Osten hingewiesen. Die Niedrigkeit der Arbeitslöhne wurde den Kapitalisten in allen Sorten gepriesen, und schließlich wurde von verschiedenen Behörden nach Möglichkeit die Anlegung von industriellen Unternehmungen gefördert. Besonders Interesse für das Emporkommen einer Industrie in den östlichen Provinzen zeigte der frühere Staatsminister, jetzige Oberpräsident für Westpreußen, Herr von Gohler. In seinem Nachbereich sind die meisten neuen Fabrikanlagen entstanden. Treibhausmäßig wurden Fabriken gegründet; hauptsächlich Danzig wurde mit der Industrialisierung beglückt. Wie allen Treibhauspflanzen, ist es auch den neuen Unternehmungen gegangen: der erste, kräftige, rauhe Luftzug hat sie gemüht oder doch ihre Wurzeln hinweggeweht. Die zuerst stolz zum Himmel strebenden Bäume sind jetzt nur kümmerliche Stauden, ohne Saft und Kraft und bedürfen zum Theil der Stützen, um vor dem Zusammenbrechen behauptet zu werden. Um eine der größten Neugründungen aufrecht zu erhalten, sind bedeutende Staatsmittel hergegeben worden. Und auch die Stadt Danzig opferte eine Viertelmillion zu derselben Zeit für in Danzig gerathene Kapitalisten, als sie lumpige paar Tausend Mark zu Nothstandsarbeiten für ein großes Heer von Arbeitslosen zur Verfügung stellte.

Die Arbeiter, für die mit der Entwicklung der Industrie ebenfalls eine gute Zeit hereinbrechen sollte, wollten gerade anfangen, sich gute Organisationen zu schaffen, wollten eben den Kampf um menschenwürdige Arbeitsbedingungen beginnen, als der Krach hereinbrach. Nicht einmal die bisher gezahlten Löhne konnten aufrecht erhalten werden. Zu Tausenden flogen die Arbeiter auf das Pflaster und mußten Monate lang alle die Leiden durchkosten, von denen arbeitslose Proletarier betroffen werden. Noch jetzt dauert die Arbeitslosigkeit in großem Umfange an. Der Traum von einem schnellen Emporklühen der Industrie in der Ostprovinzen ist schnell zerstört worden.

Der katastrophenartige Niedergang der Geschäfte, die kolossale Arbeitslosigkeit haben natürlich die Gewerkschaftsbewegung in der ungünstigsten Weise beeinflusst. Es wird harte Arbeit kosten, um nur wieder auf den Stand zu kommen, der vor einem Jahre zu verzeichnen war. Unsere Organisation ist besonders hart betroffen worden. Die Holzindustrie hat in Ost- und Westpreußen in den letzten Jahren guten Geschäftsganges einen ungemein großen Aufschwung genommen. Alle Vorbedingungen für eine tüchtige Entwicklung der Holzindustrie sind vorhanden; die Provinzen

sind selbst noch ziemlich holzreich. Dann werden aber sehr langer Zeit gewaltige Mengen von Holz aus den großen russischen Waldgebieten über ihre Häfen ausgeführt; Memel, Tilsit, Königsberg und Danzig sind schon seit Jahrhunderten Stapelplätze für russisches Holz gewesen.

Der Gedanke war sehr naheliegend, wenigstens einen Theil dieses Holzes in den Provinzen zu verarbeiten. Die Niedrigkeit der Löhne ließ diese Idee besonders verlockend erscheinen. In Memel, Ruck, Königsberg und Danzig sind große Holzbearbeitungsfabriken entstanden; Stuhlfabriken wurden in P. Holland und Gossentin gebaut. Aus kleineren Tischlereien entstanden in Tilsit, Königsberg, Allenstein, Gumbinnen, Elbing, Danzig und Bromberg und anderen Städten mehr oder weniger große Fabriken für Bau- und Möbeltischlerei. Eine Königsberger Firma rühmte sich vor nicht langer Zeit damit, daß es ihr gelungen sei, bedeutende Mengen besserer Möbel auf dem Wasserwege nach dem Westen und auch nach dem Auslande auszuführen. Treffend wurde in dem Geschäftsbericht der Firma auseinandergesetzt, daß es viel wirtschaftlicher sei, das fertige Produkt auszuführen als das rohe Holz, da die hohen Transportkosten für den nicht geringen Abfall gespart würden.

Das schwerfällige, mehreren Sprachenstammen angehörige Menschenmaterial, das zu bearbeiten war, verhinderte ein schnelles Emporklühen der Organisation. Um für die Arbeiter der Holzindustrie wesentliche Vortheile herauszuholen zu können, hätten wir einer Jahre langen ruhigen Entwicklung bedurft. Ehe wir aber einen festen Stamm von organisierten Kollegen bilden konnten, brach der wirtschaftliche Niedergang herein und zerstörte zum Theil das wieder, was mit Noth und Mühe geschaffen war.

Geradezu verheerend hat der wirtschaftliche Niedergang auf die Holzindustrie gewirkt. Auch bei ihr fehlte es zum großen Theile an gesundem, normalem Wachstum. Die Unternehmungen sind, wie solche in anderen Industriezweigen, treibhausmäßig in die Höhe gebracht. Nur wenige Betriebe sind so gekräftigt worden, daß ihnen jetzt die Stürme der Krise nichts anhaben können. Es handelt sich meist um solche Anlagen, die zuerst gegründet wurden, so daß sie genügend Zeit fanden, sich zu festigen. Die große Holzbearbeitungsfabrik von Bendig & Söhne bei Königsberg, die Stuhlfabrik in P. Holland und einige wenige andere Fabriken stehen fest. Nur mit Noth und Mühe konnte die Stuhlfabrik in Gossentin vor dem Zusammenbruch behauptet werden. Dem Zusammenbruch nahe war die neue Holzbearbeitungsfabrik in Memel und die Aktionäre mußten gehörig bluten, um die Pleite abzuwenden. In Tilsit hatte sich eine Tischlerei zu einem großen Fabrikbetriebe entwickelt. Die Gerüchte von dem Zusammenbruch haben sich nicht bewahrheitet, aber der Betrieb ist ungemein eingeschränkt worden; zahlreiche, zum Theil schon bejahrte Arbeiter sind auf das Pflaster geworfen. Stark in Mitleidenschaft gezogen und erschüttert sind eine Reihe größerer ostpreussischer Betriebe durch die Millionenpleite der großen Tilsiter Holzfirma Bernstein. In Königsberg, wo der Versuch gemacht wurde, eine Reihe größerer Betriebe für bessere Möbel zu schaffen, die nach dem Westen ausgeführt werden sollten, steht es ebenfalls traurig aus. Nun eine Produktion im großen Maße erfolgen könnte, ist keine Abzahnmöglichkeit vorhanden. Aus Westpreußen und der Provinz Posen ließen sich viele weitere Beispiele dafür anführen, welche schlimme Wirkung die Krise auf die Holzindustrie ausgeübt hat. Es wird von der Dauer der Krise abhängen, in welchem Umfange noch Zusammenbrüche stattfinden werden.

Ein derartig ungünstiger Stand der Geschäfte mußte natürlich auf die schwachen Organisationen von böser Wirkung sein.

Ein großer Theil der arbeitslos gewordenen Kollegen ist nach dem Westen davongegangen und vergrößert dort das Heer der Arbeitslosen.

Erst mit dem Schwinden der Krise und einem neuen Emporklühen der Geschäfte wird auch die Organisation im Osten zu Bedeutung gelangen.

Möge es nicht zu lange dauern.

G. M., Königsberg i. Pr.

Zum Knopfarbeiterstreik in Frankenhausen am Kyffhäuser.

In einer früheren Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ legten wir bereits die Lage der hiesigen Verlmutterknopfdrehler, insbesondere das Vorgehen einiger Innungs-fabrikanten gegenüber den organisierten Kollegen, klar. Wie tollig die Zustände hier sind, konnte man aus jener Korrespondenz ersehen. Ja, damals glaubte man allgemein, schlimmer könne es nicht mehr werden, und doch hat sich die Lage jetzt so zugespitzt, daß man sich kein Bild machen kann, welche schmerzlichen Kämpfe uns die Zukunft noch bringen kann. In den Fabriken von Voigt und Hierfuß & Nehler, ebenso bei Lohoff ist es seitherzeit zu einem gütlichen Ausgleich gekommen. Jedoch bei Schneider & Willing war bis jetzt absolut nichts zu erreichen. An deren Hartköpfigkeit sind alle bisherigen Verhandlungen und Vorstellungen gescheitert. Auf ernstliche Verhandlungen läßt sich die Firma durchaus nicht ein, was heute zugesagt, wird morgen zurückgenommen, und so sahen sich die Kollegen der betreffenden Firma mit Zusage des Hauptvorstandes gezwungen, in den Streik einzutreten. Um den Kollegen anderer Orte ein Bild von der Lage der streikenden Kollegen zu geben, seien einige charakteristische Züge der betreffenden Firma angeführt.

Als im vorigen Herbst obige Firma mit einem zwanzigprozentigen Lohnabzug an ihre Arbeiter herantrat, waren sich die Kollegen klar, daß, wenn sie wirklich in Anbetracht der damaligen Geschäftslage auf diese Reduktion eingehen wollten, keine vier Wochen vergehen würden, ohne daß nicht Herr Schneider mit einem neuen, vielleicht noch größeren Abzuge an sie herantrat. Hatte doch Herr Sch. sich selbst recht siegesbetruht geäußert: „Seure kosten die 44“ Wulst M 2, aber ich gebe Euch mein Wort, Ihr macht sie noch für M 1 und wenn ich will, noch billiger, vorläufig bezahle ich sie mit M 1,60.“

Selbstverständlich wurde dieses Ansinnen von den Kollegen entschieden zurückgewiesen, und diejenigen, welche diesen billigen Artikel nicht annehmen, lagen auf der Straße. Natürlich waren die „Heer und Wähler“ die

Ersten, die hinausflogen. Aber gewöhnlich sind Geher und Wähler immer intelligente Arbeiter, und so kam es, daß Herr Sch. von den noch in Arbeit stehenden, speziell in den umliegenden Orten wohnenden, größtenteils unorganisierten Arbeitern eine Waare erhielt, welche sich schwer bebauen ließ und diese Waare des Oesteren von seinen Abnehmern als minderwertig zurück erhielt. Darüber wurde Herr Sch. fuchsteufelswild und schimpfte recht weiblich auf den „verfluchten Holzverband“, welcher ihm seine besten Arbeiter hinausgelöst.

Die gemäßregelten Kollegen sowie die Lokalverwaltung haben ihr Möglichstes, um diese für beide Teile recht unliebbare Angelegenheit gütlich beizulegen, jedoch ohne Erfolg. Selbst Kollege Leipart aus Stultgart bligte ab, als er den Versuch machte, Verhandlungen mit Herrn Sch. anzubahnen.

Im Laufe der Zeit änderte Sch. nun seine Taktik. Er stellte es seinen noch in Arbeit stehenden Leuten frei, entweder innerhalb 14 Tage aus dem Verband auszutreten oder sein Geschäft zu verlassen. Auch dies fruchtete nichts. Ihr heiligstes Recht, das Koalitionsrecht, wollten die Kollegen nicht preisgeben, und so flogen wieder mehrere auf die Straße. Die Lage wurde immer kritischer. Auf Betreiben des Bürgermeisters kam eine Verhandlung zwischen dem Bevollmächtigten, Kollegen Fr. Höring, und Herrn Schneider zu Stande, welche wohl mehrere Tage in Anspruch nahm und auch recht interessant, aber völlig resultatlos verlief. Nun spielte Herr Sch. seinen letzten Trumpf aus. Er kündigte den noch in Arbeit stehenden organisierten Kollegen (mit Ausnahme einiger) und meinte, wenn die Arbeiter nicht wollten wie er, so mache er einfach die Leute müde bzw. kniefällig zu machen, weil doch keiner der Außenstehenden von einem anderen Innungsfabrikanten auf Grund „persönlicher Abmachungen“ in Arbeit genommen wird. Mittlerweile hatte sich aber die Geschäftslage allgemein gebessert, und der Hauptvorstand gab dem Vorschlag des Hauptvorstandes versuchte im Laufe der letzten Woche Kollege Weder aus Hannover, Verhandlungen mit Herrn Schneider & Willing anzubahnen, konnte aber ebenso wenig erreichen wie schon früher Kollege Leipart. Nun liegt es an den Streikenden selbst, dafür zu sorgen, daß diejenigen, die noch bei Sch. in Arbeit stehen, überzeugt werden, sich ihrer gerechten Sache anzuschließen. Auch mögen die Kollegen anderer Orte aus dieser Korrespondenz sehen, daß der Flug noch hier streng zu meiden ist. Aber auch die Krankenkassen Kollegen seien kritisch eingedenk, daß die Kollegen der Schneider'schen Fabrik die Kassen für sie aus dem Feuer holen.

Kundschau.

Erzählung des Reichs und Preussens. Offiziellen Meldungen zufolge hat der preussische Handelsminister Müller im Hinblick auf die noch herrschende Arbeitslosigkeit im Inland, daß während der Dauer der gegenwärtigen Ranges an Arbeitslosigkeit bei der Bewilligung von Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen auf Grund des § 188a Abs. 1 und 5 der Reichsgewerbeordnung seitens der Polizeibehörden mit ganz besonderer Vorsicht zu verfahren sein wird. Ueberall da, wo die Verhältnisse gerechtfertigt ist, daß die Gewährung von Ueberarbeit als Arbeitslosen erschwerte Arbeit zu finden, wird von der Gewährung Abstand zu nehmen sein, weil die Gewährung von Ueberarbeit für Arbeiterinnen die Lage der Arbeitslosen ungünstig beeinflusst.

Es war in der That an der Zeit, daß eine solche Verfügung erlassen wurde, denn die Polizeiverwaltungen, in deren Hand es liegt, Ueberarbeit für Arbeiterinnen auf Grund des § 188a Abs. 1 und 5 zu bewilligen, sahen ihre Aufgabe nur mehr so auf, als wenn sie diese an sie herantretenden Gesuche der Unternehmer ohne Weiteres zu bewilligen hätten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß im Jahre 1900, wo die Krise bereits mit voller Wucht eingeleitet hatte und Hunderttausende von Arbeitern existenzlos waren, für 40 118 Arbeiterinnen an 14 254 Tagen 827 549 1/2 Ueberstunden bewilligt worden wären. Das preussische Handelsministerium, das jedenfalls die allgemein aufgetauchte Ansicht, als wenn man bei den preussischen Behörden keine Verpflichtung, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu treffen, erwarten möchte, kommt denn mit seiner Verfügung auch reichlich spät.

Während man nun in Preußen angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit die Ueberarbeit möglichst einzuschränken versucht, hat eine sächsische Behörde eine entgegengesetzte Maßnahme getroffen. Die Kreisbauernschaft in Plauen i. N. hat nämlich eine Verordnung erlassen, daß eine Verfügung von 1895, wonach in den Betrieben der Enderei- und Spitzenindustrie im Plauen'schen Bezirk die Arbeitszeit für Frauen und Mädchen auf zwölf Stunden täglich beschränkt sein soll, aufgehoben ist. Der siebenjährige Kampf der Unternehmer gegen diese Verordnung hat diesen Rückschritt verursacht.

So treibt man bei uns in Deutschland Sozialpolitik.

Zurück zu den Innungsschiedsgerichten? In einer am Donnerstag voriger Woche tagenden Versammlung der Schreinerzhangsinnung zu Frankfurt a. M. wurde zu der Frage der Errichtung eines Innungsschiedsgerichts Stellung genommen. Trotz des Widerstands der sozialdemokratischen Mitglieder dieser Innung, in einer Linie unserer alten Kollegen Ring, wurde beschlossen, zwei Delegierte zu wählen, die mit den anderen Innungen die Vorarbeiten für Errichtung eines gemeinsamen Innungsschiedsgerichts für alle Innungen zu machen haben.

Die Herren Innungsleiter versprechen es ja drängend, Einrichtungen, die ihnen nicht in den Kram passen, durch die Mittel der Innungen zu ergreifen. Mögen die Innungsleiter auch noch so gut empfinden, sie werden ohne Weiteres von den Innungsleitern ignoriert und durch schlecht geleitete Innungsschiedsgerichte mit geringen Leistungen und hohen Beiträgen ersetzt. Mögen die Gewerbevereine noch so sehr anzuerkennen sein, es ihrer rechtlichen Natur nach, sie werden durch konspirative und ungewissenhaftige Innungsschiedsgerichte abgelöst. Und die Arbeiter müssen sich alles das meist ruhig gefallen lassen, weil unsere Sozialpolitik in ihrer Halbscheit solche

Ertrattoren der Innungshelben zuläßt und die Aufsichtsbehörden zu Allem meistens Ja und Amen sagen. Wann werden wir diesen unwürdigen Zustand beseitigt haben?

Ueber die Verhältnißwahl bei den deutschen Gewerbevereinen hat die Archibverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbevereine eine Umfrage veranstaltet. Die Frage, ob bei den Verhältnißwahlen die Mehrheit entscheiden müsse, oder ob es zulässig sei, auch der Minderheit eine gewisse Vertretung einzuräumen (Verhältnißwahl), war früher streitig. Durch die Gewerbevereinsnovelle ist sie in letzterem Sinne entschieden worden. Mit der Einfügung der Verhältnißwahl in das Ortsstatut sind nunmehr München und Frankfurt a. M. vorangegangen. Ihnen sind drei kleinere Gewerbevereine nachgefolgt: Göttingen, Wocholt und Glauchau (Amtshauptmannschaft). In Aussicht genommen ist ferner die Verhältnißwahl in Süddeutschland an drei größeren Plätzen: Ulm, Mannheim und Darmstadt; in Norddeutschland hingegen bis jetzt nur in Mittelstädten: Hagen i. W., Delmenhorst, Gelsenkirchen, Linden vor Hannover und Potsdam. In Liegnitz haben sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer übereinstimmend dafür ausgesprochen. In einer großen Reihe von Städten wird einseitigen noch das Erscheinen des Nachtrages zum Musterstatut abgewartet, der im Auftrage des preussischen Handelsministers die Verhältnißwahl behandeln soll.

Die belgische Arbeiterschaft, die sich zur Zeit in einem erbitterten Kampf mit den Clerikalen um Eringung des allgemeinen Wahlrechts befindet, hatte in der Woche vom 13. zum 20. April zur Unterstützung ihrer Forderungen einen Generalstreik proklamiert, an dem sich gegen 800 000 Arbeiter beteiligten bei reichlich 800 000 gewerblichen Arbeitern, die in Belgien überhaupt beschäftigt sind. Dieser Streik — der größte, der in irgend einem Lande bisher stattgefunden hat —, bei dem es sich um keinerlei wirtschaftliche und nur um politische Fragen handelte, endete trotz großer Sympathien des liberalen Bürgertums mit einer Niederlage. Die Clerikalen widerstehen sich den Forderungen des Volkes auf's Hartnäckigste und stützen sich dabei auf die Majonette; die organisierte Arbeiterschaft aber glaubte es nicht verantworten zu können, daß den Clerikalen weitere Gelegenheiten zu Misereiten gegeben werde. Der Generalstreik wurde deshalb beendet, den Clerikalen in Belgien bleibt deshalb nichts geschenkt, sie werden die bittere Pille der Verfassungsreform bei Gelegenheit wohl noch verschlucken müssen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat den Generalstreik stets bekämpft, gleichwohl ist sie den Kämpfen der belgischen Arbeiterklasse mit großem Interesse gefolgt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Infolge des Verbandstages werden in der Woche vom 4. bis 10. Mai die Geschäfte auf dem Verbandsbureau nicht mit voller Pünktlichkeit erledigt werden können. Wir ersuchen die Zahlstellen-Verwaltungen deshalb, bei der Korrespondenz hierauf Rücksicht nehmen zu wollen und eilige Sachen soviel wie möglich noch vorher zu erledigen, nicht eilige aber bis nach dem Verbandstage zurückzustellen. In der Verbandstagswoche sind dringende Korrespondenzen für den Verbandsvorstand nach Mainz, „Vereinshaus des Turn- und Sportklub“, Wallplatz 1 1/2 zu adressieren.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 4 160 Karl Otto, Tischler, geb. 1. 10. 78 zu Grottk.
- 62 999 Heinrich Bayer, Schreiner, geb. 15. 5. 42 zu Düsseldorf.
- 78 248 Alfred Trepera, Tischler, geb. 19. 10. 81 zu Weistig.
- 97 156 Paul Riege, Tischler, geb. 1. 7. 73 zu Straßund.
- 111 894 Alfred Limberger, Schreiner, geb. 6. 7. 83 zu Stuhlingen.

Stultgart, 28. April 1902.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

12. Gau. Vorort Gera.

Im Laufe dieser Woche sind an alle Zahlstellen die auf dem letzten Gantag in Gera beschlossenen Flugblätter zur Hausagitation versendet worden; sollte in einer Zahlstelle diese Sendung nicht eingetroffen sein, so bitten wir, dies sofort bei dem Unterzeichneten zu melden.

Es ist nun Aufgabe der Ortsverwaltungen, die Agitation sofort aufzunehmen und so zu organisieren, daß alle Indifferenten mit einem solchen Flugblatt bedacht werden.

Kollegen, die letzte Abrechnung weist einen recht bedauerlichen Rückgang der Mitglieder auf. Das muß jedem Kollegen ein um so größerer Ansporn sein, sich an der Hausagitation zu beteiligen, um diesen Rückgang wieder weit zu machen.

NB. Sollten die Flugblätter in einer Zahlstelle nicht anreichen, so bitten wir um weitere Bestellung.

Der Gauvorstand. J. A. Rich. Werner.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bayreuth. Bei den hiesigen Holzarbeitern spizen sich die Verhältnisse jetzt so zu, daß jedenfalls bald andere Schritte gethan werden müssen. Wir haben bereits in Nr. 16 der Holzarbeiter-Zeitung berichtet, auf welche frivole Weise der bekannte Schreinermeister Hohl seine sämtlichen Arbeiter entließ und wäre doch hiermit an Unternehmerprospizität genug geleistet gewesen; doch wir hatten uns getäuscht und haben jetzt die Klage

des Herrn Hohl doppelt zu spüren bekommen dadurch, daß er in der Person des mächtigen Herrn Steingraber, Pianofortefabrik hier, einen Helfershelfer gefunden hat. Dieser Herr Steingraber, der, nebenbei gesagt, Millionär und das Ehrenamt eines Gewerbeleiters auszuführen berufen ist, läßt sich herbei, einem unbedeutenden kleinen Meister in einer solch schmutzigen Sache Handlangerdienste zu leisten und den hinausgeworfenen Arbeitern, die sich nur um ihr gutes Recht wehren, jede Existenz abzuschneiden. Wir hatten bis jetzt immer das eine Auge zu und konnten zu keinem Resultat kommen, ob unsere Arbeitgeber wirklich so schamlos handeln; jetzt haben wir aber die nackte Thatsache vor uns und sehen mit beiden Augen die schwarze Liste, die Herr Steingraber auf Wunsch des Hohl bei sämtlichen hiesigen Schreinermeistern zirkulieren ließ und die im Original vor uns liegt. Dieselbe lautet wörtlich wie folgt:

Auf Anregung des Herrn Schreinermeister Hohl dahier theile ich Ihnen mit, daß folgende Arbeiter von ihm entlassen sind: (Folgen die Namen.)

Ich bitte Sie, davon gefälligst Notiz zu nehmen und frage gleichzeitig bei Ihnen an, ob eine Zusammenkunft der Meister unserer Branche vielleicht für die nächste Zeit erwünscht ist. Falls Sie mir nichts mittheilen, nehme ich an, daß sie eine Zusammenkunft nicht für erforderlich erachten.

Bayreuth, den 21. April 1902.

Hochachtungsvoll B. Steingraber.

Um nun aber den Charakter dieser Herren etwas zu beleuchten, lassen wir hier ein Zeugniß, ausgestellt von Herrn Hohl für einen hinausgeworfenen Arbeiter, im Original folgen:

Zeugniß.

..... (Name) aus St. Georgen - Bayreuth war vom 1. März 1897 bis 1. März 1900 als Lehrling und von da ab bis zum Heutigen als Schreinergehilfe in Arbeit. Denselben kann ich als fleißigen, brauchbaren Arbeiter empfehlen. Auch hat derselbe ein lobenswerthes Benehmen gezeigt.

Bayreuth, den 10. April 1902.

Hans Holl, Schreinermeister.

Das ist denn doch das Höchste, was an Widersinnigkeit geleistet werden kann. Derselbe brauchbare, fleißige und brave Arbeiter, der sich nicht durch die übliche Altorbitheten noch weiter ausbeuten läßt, wird durch schwarze Listen von solch kurzschäftigen Leuten gebrandmarkt und ihm dadurch sein kümmerliches Dasein noch verschlechtert. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch wünschen, daß sich Herr Steingraber einmal ein Vierteljahr dem Herrn Hohl zur Verfügung stellt, um unter Umständen einen Wochenlohn von M. 16 bis 18 verdienen zu können und dabei eine Familie von 6 bis 8 Köpfen zu ernähren. Wir meinen, er würde bald zu einer etwas anderen Ansicht gelangen, als zu solch schmutziger Handlungsweise. Es ist zwar diese schwarze Liste sehr vorsichtig verfaßt, aber uns Arbeitern genügt das vollständig und wir wissen, was diese Herren damit wollen. Es wird jedenfalls dieses Gebahren noch ein Nachspiel geben und rufen wir deshalb unseren Holzarbeitern zu: Schaaft Euch zusammen und seid auf Eurer Hül!

Duisburg. Das rothe Meer, welches bereits die Städte Köln, Kall, Mülheim a. Rh., Düsseldorf usw. verschlungen hat und auch Duisburg bedroht, soll hier einen starken Damm vorfinden. Dieser öffentlich ausgesprochene Traum eines sich christlich nennenden Arbeiters hat sich nicht erfüllt, denn die vor Kurzem hier in Duisburg stattgefundenen Gewerbevereinswahlen haben bewiesen, daß der Gedanke der freien Gewerkschaftsbewegung auch hier mehr und mehr an Boden gewinnt. Schon bei der vorletzten Wahl hatten die freien Gewerkschaften von den drei hier in Frage kommenden Parteien einen erobert und dadurch zwei Sitze am Gewerbeverein erlangt. Dieser eine Bezirk ist bei der diesjährigen Wahl gut besetzt und noch ein zweiter hinzu gewonnen, wodurch sich die Zahl der Vertreter auf vier erhöht hat. Erst voriges Jahr bei der Reichstagsersatzwahl wurde den katholischen und protestantischen Arbeitervereinen klar gemacht, daß sie eigentlich wie Feuer und Wasser zusammenpassen. In dieser Wahlkampagne zogen sie Arm in Arm unter Führung des Kaplans Dr. Wippel in die Wahlkämpfe. Nächstes Jahr machen sie es wieder umgekehrt. — O sancta simplicitas! — Die Hirsch-Dunderianer hatten sich bis dato nicht offiziell an den Gewerbevereinswahlen beteiligt. Wohl trug man ihnen von christlicher Seite aus Rechnung, indem man bei der Aufstellung der Kandidaten auch solche in Vorschlag brachte, welche auf zwei Schultern tragen können (die also in beiden Lagern bekannt und thätig sind). Diesmal waren sie dieser Witterstellung müde und boten den freien Gewerkschaften ein Kompromiß an, wodurch die Hirsch-Dunderianer einen Sitz errangen. Auch im Punkt Proportionalwahlssystem haben die Christlichen hier in Duisburg gezeigt, daß sie es nur dort befürworten, wo sie glauben, in der Minderheit zu sein. Es ist für die auswärtigen Kollegen gewiß von Interesse, wenn auch an dieser Stelle über den Streit bei der hiesigen Firma Hübler berichtet wird. Derselbe ist durch das leidige Affordsystem entstanden. Wie gewöhnlich, so auch hier, ging man daran, nachdem der größte Druck im Geschäft vorüber war, die Arbeit auf Lager so billig wie möglich herzustellen. Selbstverständlich sollten es da die Arbeiter können. Der Stücklohn für Thüren wurde z. B. in folgender Weise berechnet und festgelegt: Der Schreinermeister der betreffenden Firma nimmt zwei Thüren in Arbeit. Das Holz hierzu steht maschinensfertig an der Bank, braucht also nur noch zusammengearbeitet zu werden. Die Folge davon ist, daß die Thüren in kurzer Zeit zusammengehauen sind. Die Arbeiter können ja dann sehen, wie sie damit fertig werden. Außerdem kam noch hinzu, daß man bei guten Afforden Abzüge machte, um sie bei schlechten zu verrechnen. Und da ist es wohl erklärlich, daß sich die Arbeiter bei der Firma Hübler dagegen auflehnten. Aber um hierin Abhilfe zu schaffen, wählten die Kollegen einen verkehrten Weg. Statt die Organisation hiervon in Kenntniß zu setzen, um eventuell Abhilfe zu schaffen, verfaßten die betreffenden Kollegen ein Schreiben und überreichten es dem Meister. Dieser jedoch kümmerte sich mehr um den Briefschreiber als um den Inhalt der schriftlichen Beschwerde, und als der Ueberreicher den Schreiber nicht nennen wollte, sollte er kurzer Hand die Arbeit verlassen. Doch der größte Theil seiner Kollegen (14 von 16) besaß kollegialisches Gefühl genug und legte mit ihm zusammen die Arbeit nieder. Es suchte nun zunächst eine Kommission, gebildet aus den interessierten Gewerkschaften, eine Einigung der streitenden Parteien zu erzielen. Doch die Unterhandlungen mußten als gescheitert betrachtet werden, weil der Unternehmer sich zu keinerlei Kon-

zessionen und Verpflichtungen herbeiführen wollte. Erst unjerner Gauborfsitzenden, Kollegen Hartung, gelang es, wenn auch auf eine recht eigentümliche Art, den Streit zu schlichten. Doch selbst diese weitgehendsten Konzessionen, welche von den Arbeitern gemacht wurden und welche am Tage vor dem Wiedereintritt in die Arbeit zwischen dem Kollegen Hartung und Sigblet vereinbart wurden, gingen dem Unternehmer noch nicht weit genug, denn er verlangte, daß die Arbeiter sich schriftlich verpflichten sollten, pro Mann 5 in die Betriebskasse zu zahlen. Selbstverständlich wurde daraus nichts. Aber weil der größte Theil der Kollegen des Streikens müde war, so lösten sie jetzt, um die Geschichte aus der Welt zu schaffen, einzeln das Arbeitsverhältnis. Nachdem fünf Kollegen (und zwar waren es alle Leute vom Deutschen Holzarbeiterverbande) die Arbeit wieder verlassen hatten, da gab der Unternehmer die Erläuterung ab, daß er auf seine Forderung verzichtete, worauf die anderen Kollegen stehen geblieben sind. Außer dem Achtungserfolg, die sich die Organisation hierbei errungen hat, haben die Streikenden wenig erreicht. Dieses lag wohl viel an ihrem untaktlichen Vorgehen. Doch sie sollten diesen Fehler nicht bereuen, sondern bei ähnlichen Fällen es besser machen.

Emden. Zu dem Bericht in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ von hier sei nachträglich bemerkt, daß es die zugereisten Kollegen nicht allein gewesen sind, welche den Lohn hochgebracht haben, sondern die Emdener Kollegen haben auch ein gut Stück daran geholfen. Zu der Interesslosigkeit muß gelagt werden, daß auch die zugereisten Kollegen Manches daran fehlen lassen. Es ist wünschenswert, daß sich die hiesigen und fremden Kollegen gegenseitig unterstützen, um dem gemeinsamen Feind, dem Unternehmertum, wirksam Trotz bieten können, damit das Erreichte auch erhalten und hoffentlich mehr errungen werden kann.

Kassel. In unserer am 12. April abgehaltenen regelmäßigen Mitgliederversammlung referierte Kollege Brinmann über: „Die sozialpolitische Gesetzgebung“ und erläuterte an der Hand seiner langjährigen praktischen Erfahrungen auf diesem Gebiete die Mängel und Vortheile, welche uns in derselben entgegenstehen. Er ging der Reihe nach die einzelnen Zweige dieser Gesetzgebung durch, deren Errichtung, Zusammenfassung und Funktion schildernd. Zunächst auf das Krankentassengesetz eingehend, führte er aus, daß in der Mitte der 70er Jahre die ersten Krankentassen, die sogenannten Zentralkrankentassen, von den Arbeitern gegründet wurden. Da die Regierung sah, daß sich einerseits die Kassen gut betrieblen und andererseits befürchtete, daß in den Kassen sonstige Zwecke verfolgt würden, trug man sich mit dem Gedanken, ebenfalls Krankentassen zu gründen. Mitte der 80er Jahre wurde dann auch das Krankentassengesetz mit Kassenzwang herausgegeben. Diese Kassen bestanden aus Orts-, Innungs-, Betriebs-, Fabrik- und Gemeindefällen und mußten dieselben eine Unterstützung in Krankheitsfällen auf die Mindestdauer von 1/2 Jahr gewähren. Durch Ortsstatut konnte aber die Unterstützungsdauer bis zu einem Jahre erweitert werden. Ebenfalls mußte ein Sterbegeld gewährt werden. Die Beiträge dazu wurden von beiden Seiten, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, entrichtet. Das Krankentassengesetz sei aber bis heute immer noch nicht in dem Maße ausgeübt, wie es eigentlich sein müsse. In vielen größeren Städten sei man schon viel weiter darin, da sei theilweise in den Kassen die ganze Familie mit versichert. Dieses ginge in Kassel auch, aber der hier herrschende Egoismus ließe dieses nicht zu. Das „Unfallgesetz“, datirend vom 6. Juli 1884 und 28. Mai 1885, habe den Zweck, bei Unfällen den Betroffenen oder deren Hinterbliebenen eine Rente zu gewähren. Hierbei hätten wir keinen Einfluß in der Verwaltung, wie bei den Krankentassen, da wir keine direkten Beiträge leisteten, aber indirekt müßten wir dieselben ja doch bezahlen. Nur bei der Bauverordnung und beim Schiedsgericht hätten wir unsere Vertreter. Redner macht nun die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei einem Unfall, auch wenn sich nicht sofort nachtheilige Folgen zeigten, es die erste Pflicht sei, denselben seinem Arbeitgeber zu melden, ebenfalls seine Nebenarbeiter davon in Kenntniß zu setzen, damit Ersterer sofort Anzeige davon mache und Letztere eventuell später als Zeugen auftreten könnten. Redner führte Fälle an, wo dieses unterlassen sei und man bei später eintretenden nachtheiligen Folgen entweder Schwierigkeiten hatte, oder gar keine Rente bekam. Sodann kommt Referent zum Gewerbevertragsgesetz, datirend vom 29. Juli 1890. Dieses Gesetz war freilich lange nicht nach unserm Wunsche, da die Errichtung der Gewerbeverträge kein Zwang war. Auch hier in Kassel hätten wir erst drei Jahre darum kämpfen müssen, bis endlich 1893 ein Gewerbevertragsgericht in's Leben gerufen wurde. Diese Gerichte bestehen aus einem Vorsitzenden und den Beisitzern; Letztere je zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern und haben den Vortheil, daß dort selbst keine Rechtsanwälte zugelassen werden. Dieselben sind bis zur Höhe von 100 zuständig und könne gegen die Urtheile kein Widerspruch erhoben werden. Nach zehnjährigem Bestehen habe man auf wiederholtes Drängen unsererseits dem Gesetz eine Verbesserung zu Theil werden lassen. Städte mit einer Zahl von 20 000 Einwohnern müßten jetzt ein Gewerbevertragsgericht errichten und seien daraufhin im laufenden Jahre in circa 60 Städten solche errichtet worden. Ebenfalls müssen nach dem neuen Gesetz Ausschüsse gebildet werden und haben dieselben unter Anderem das Recht, Petitionen einzureichen. Auch könne der Vorsitzende jetzt bei Streits zu Einigungsversuchen die Beteiligten strafrechtlich heranziehen. Redner, welcher dem hiesigen Gewerbevertragsgericht seit seinem Bestehen als Beisitzer angehört, hat in dieser Zeit reiche Erfahrung gesammelt und hofft derselbe, daß das Gesetz in Zukunft noch bedeutend verbessert werden möge. Er geht sodann zum Alters- und Invaliditätsgesetz über und führt dazu Folgendes aus: Dieses Gesetz sei ebenfalls ein Zwangsgesetz. Es sei im Jahre 1889 herausgegeben und würden die Beiträge zu gleichen Theilen von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern entrichtet. Die Versicherungspflicht eines jeden Arbeiters oder Arbeiterin beginne mit dem 16. Lebensjahre und hätten dieselben, nachdem sie die vorgeschriebene Anzahl Renten geklärt und nicht mehr ein Drittel ihres früheren Lohnes verdienen können, einen Anspruch von Invalidenrente und mit dem eintretenden 70. Lebensjahre, unabhängig von ihrer Arbeitsfähigkeit, einen Anspruch auf Altersrente. Ebenfalls nach zehnjährigem Bestehen am 13. Juli 1899, habe auch dieses Gesetz einige Verbesserungen erfahren. Die Anzahl der Rentenmarken sei herabgesetzt und sei jetzt die Selbst- und Weiterbeschäftigung unter günstigen Bedingungen gestattet. Auch könne man auf

Antrag freie Anstalt für erhalten, jedoch hänge dies von dem Gutachten des Vertrauensarztes der Anstalt ab und sei letzteres manchmal sehr anspruchsvoll. Bei Verheirathung von weiblichen Mitgliedern und bei Sterbefällen würden die eingezahlten Beiträge unter gewissen Voraussetzungen zur Hälfte wieder zurückerstattet. Von den Versicherungsanstalten, welche im Laufe der Jahre kolossale Summen aufgehäuft haben, würden auch Kapitalien für Neubauten bis zur Höhe von 14 500 zu 3-3/4 pSt. ausgeliehen, ebenfalls seien an die Raugenossenschaften viele Gelder zu diesem billigen Zinsfuß ausgeliehen worden. Referent, welcher auch Beisitzer beim Schiedsgericht ist, schilderte sodann die Organisation dieses Versicherungszweiges von der unteren Verwaltungsbehörde bis zum Reichsversicherungsamt in eingehender Weise und bedauerte derselbe am Schlusse seines Referats, daß es leider nur so Wenige wären, welche den Vorgängen und Vorträgen auf solch wichtigen Gebieten die nöthige Beachtung schenken. Er forderte die Mitglieder auf, stets ihre Rechte zu wahren, sich selber fortzubilden und die Saumseligen aufzurütteln, damit wir zu der in den einzelnen Versicherungszweigen uns zutheilenden Mitwirkung auch solche Leute bekämen, welche das Verständnis dafür besitzen und voll und ganz für die Rechte der arbeitenden Bevölkerung eintreten. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schlusse seiner sehr lehrreichen Ausführungen. — Betreffs der Fester am 1. Mai beschloß die Versammlung Folgendes: Morgens 1/2 7 Uhr Zusammenkunft auf dem Altmarkt, von da ab gemeinschaftlicher Spaziergang durch die Aue nach Niederzwehren und Rückkehr von dort zu der um 10 Uhr im Lokal Buchbach stattfindenden Festversammlung der Holzarbeiterbranche. Nachmittags Theilnahme an der vom Gewerkschaftsverband arrangirten Festlichkeit. Außerdem wurde noch beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, welchen es nicht möglich ist, den Tag durch Arbeitsruhe zu begehen, dafür einen Beitrag von 50 3 zur Organisation zu leisten haben.

Diegnitz. In der Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle am 26. April wurde folgende Resolution eingebracht und angenommen: Die Zahlstelle Diegnitz schließt sich dem Protest vieler Kollegen vollständig an und bedauert, daß von Seiten der Redaktion die Ansicht berieten wird, als sei sie berechtigt, in einseitiger Weise beeinflussend auf die Mitglieder einzuwirken. Die Zahlstelle ist der Anschauung, daß die Redaktion in Fragen, die weitere Ausgestaltung des Verbandes betreffend, nicht eine beeinflussende Stellung einzunehmen habe, sondern lediglich so gut wie jeder andere Kollege ihre Anschauung durch Namensunterzeichnung kenntlich zu machen habe, aber nicht das Fachorgan benutzen dürfe, um in offiziellen Artikeln ihre persönlichen Anschauungen den Mitgliedern auszukrotyren zu können, wie dies in dem Artikel „In erster Stunde“ geschehen ist.

Osterfeld in Westf. Um den Kollegen zu zeigen, wie eifrig bemüht die Unternehmer sind, um schnell wieder die von den Streikenden verlassenen Plätze zu besetzen, mag Folgendes dienen: Wie den Kollegen durch unser Verbandsorgan mitgeteilt wurde, befinden sich die Schreiner der Firma Schmod in Ratingen im Ausstand, um sich erst noch das zu erkämpfen, was ihnen von der Firma unter Ehrenwort versprochen wurde. Nun hat die Firma jedenfalls eilige Arbeit, die sie nach der Ausstellung in Düsseldorf zu leisten hat, hat aber keine Schreiner, welche dieselbe anfertigen. Um nun solche arbeitswillige Kräfte zu erlangen, annoncirte man in den Essener Zeitungen und errichtete in Osterfeld ein arbeitswilligen-Werbebureau. Werbeagent ist Herr Boelting, wie wir hörten, zukünftiger Schwiegersohn des Herrn Schmod. Nur durch das schnelle Eingreifen einiger Essener Kollegen wurde die Hoffnung der Herren zu Wasser. Es hatten sich am Sonntag, den 20. v. M., wohl an 40 Kollegen eingefunden, welche gesonnen waren, in Ratingen in Arbeit zu treten. Also, wie gesagt, nur durch das schnelle Eingreifen der Essener Kollegen wurde dies bereit, und so haben es die Kollegen, welche noch in Arbeit standen, vorgezogen, in ihrer bisherigen Stelle zu verbleiben oder aber diejenigen, welche außer Arbeit waren, sich anderweitig Arbeit zu verschaffen. Um nun die übrigen Kollegen von Osterfeld und Umgegend mit den Verhältnissen in Ratingen vertraut zu machen, fand hier am Donnerstag, den 24. v. M., eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher der Kollege Kumsch aus Düsseldorf ein Referat hielt. Er beleuchtete die Verhältnisse bei der jetzigen Krise im Allgemeinen und ging alsdann mit der Firma Schmod scharf in's Gericht und führte aus, daß die Firma die den Streikbrechern versprochenen 45 3 Stundenlohn jedenfalls nicht bezahlen wird, denn für den Preis arbeiten die Streikenden auch, d. h. in der Werkstelle für das Ausstellungsgebiet sind 60 3 zu zahlen. Diese Preise werden von den Düsseldorfern Unternehmern anstandslos bezahlt. Auch sonst sind die Preise niedriger als die Düsseldorf, die Firma Schmod zahlt z. B. für ein vierflügeliges Fenster 1 3,50, während in Düsseldorf überall 1 4,75 bezahlt werden. Infolge dieser niedrigen Preise ist es den Düsseldorfern Meistern nicht möglich, mit der Firma Schmod zu konkurriren, und somit drängen die Unternehmer Düsseldorf darauf hin, daß auch die Ratinger Firma sich dem vom Einigungsamt in Düsseldorf beschlossenen Tarif unterwerfe. Nachdem der Kollege Kumsch noch verschiedene Mißstände der Firma aufgedeckt hatte, widmete derselbe auch dem anwesenden arbeitswilligen Arbeiter einige Worte. Derselbe soll z. B. gesagt haben, die Firma würde nicht eher nachgeben, bis die Kinder der Streikenden nach Brot betteln gehen und die Streikenden auf den Knien um Arbeit bitten würden, mag es kosten, was es wolle, und wenn es 10 000 koste. Nun, die 10 000 konnte der Herr sparen, denn so viel wäre nicht nöthig, wenn er die Forderung der Streikenden bewilligte. Nach Aufforderung an die anwesenden Kollegen, sich alle dem Verbandsanzuschließen, schloß der Referent seinen selbst von den anwesenden Meistern beifällig aufgenommenen Vortrag. Nun, Kollegen von Osterfeld und Umgegend, beherzigt Alle die Worte des Kollegen Kumsch; werdet nicht zum Verräther an Euren eigenen Berufskollegen, sondern schließt Euch sammt und sonders dem Deutschen Holzarbeiterverbande an. Derselbe bietet Euch Schutz gegen jede Unternehmertwillkür.

Stendal. Am 19. April sprach hier in einer leider sehr schwach besuchten Holzarbeiterversammlung Kollege Gorgas aus Magdeburg. Wir hatten auf einen stärkeren Besuch gerechnet, glaubten doch die Meister, es solle, da ein Flugblatt verbreitet war, gestreift werden. Daran ist selbstverständlich bei der Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen gar nicht zu denken. Während früher die Zahl der Mitglieder circa 60 betrug, zählt man heute deren nur 23; ganz

besonders halten sich die verheiratheten Kollegen fern, sie meinen, den Verband nicht mehr nöthig zu haben; und doch, wie leicht ist es, aus irgend welchem Unlaß auf das Straßengpflaster zu fliegen! Zum Schluß erwähnte Redner die anwesenden Mitglieder, treu zum Verbands zu halten, um so mehr, da nur durch engen Zusammenhalt in der Krise eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse verhindert werden könne, und zum Anderen der Verband die Arbeitslosenunterstützung sowohl für Verheirathete als für Ledige einführe, die sicherlich sehr vielen Kollegen zu Gute kommen würde.

Tauscha. Am 28. April sind bei der Firma Bernegroß & Breuß sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Gründe sind unausgesetzte Akkordpreiserhöhungen, Nichteinhaltung der Minimallohn für Maschinenarbeiter von 32 3, Tischler 35 3 pro Stunde, Nichtanerkennung des Fabrikabschlusses und zu Unrecht auferlegte Strafen und Verwendung der Strafgeelder. Die Kollegen fordern die Festsetzung und Aushängung eines allgemeinen Akkordtarifs. Die Unternehmer waren nach wiederholter Verhandlung zu wenigen Zugeständnissen geneigt; demzufolge treten 26 Mann am 29. April in den Ausstand. Wir bitten alle Zahlstellenverwaltungen, den Zugang nach hier fernzuhalten. In Betracht kommen Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter.

Uckermark. In der Bauschlerei des Herrn Zimmermeister Lorenz haben die Kollegen wegen Lohnrebellion die Arbeit niedergelegt. Wegen der fortgesetzten Lohnabzüge hatten die Kollegen einen neuen Tarif ausgearbeitet und diesen Herrn Lorenz übergeben. Herr Lorenz hatte aber alle angelegten Briefe einfach durchgestrichen und nach Belieben heruntergesetzt. Als ihn nun am Mittwoch Morgen hierüber ein Kollege zur Rede stellte, daß es doch unmöglich sei, für die Preise zu arbeiten, antwortete Herr Lorenz: „Du, mache daß Du rauskommst, Dir habe ich schon lange auf's Bi. n.“ Als ihm hierauf auch die anderen Kollegen zur Antwort gaben, daß nicht bloß der Eine, sondern sie Alle ein Interesse hieran hätten, antwortete derselbe: „Ach was, leidi mir doch Alle am N. . . Die Preise, die ich ausgegeben habe, gelten, und wenn es nicht paßt, dafür zu arbeiten, kann aufhören.“ Nun legten alle sieben Kollegen die Arbeit nieder; nur der Werksführer Utech, ein früherer Verbandskollege, blieb stehen. Herr Lorenz bemerkte auch noch, mit Verbandsbrüder wollte er überhaupt nichts mehr zu thun haben. Wir ersuchen die Kollegen, wenn ihnen Angebote gemacht werden als Einleger, folgende Bauten zu beachten: Sahnitz auf Nügen (Bau Villa Becka) und Swinemünde (Bau Villa Dr. Hartmann). Uebrigens ersuchen wir die Kollegen, den Zugang nach Uckermark streng fernzuhalten.

Wörth a. M. Ich schickte am 20. April unter Befehl des Gauborstandes, Kollegen Brüdner, angelegen sein, eine Agitations-tour nach Heilsenheim zu unternehmen. In einer gut besuchten Versammlung ließen sich 17 Kollegen in den Verband aufnehmen. Als der Unternehmer (Ernst Müb) erfuhr, daß am Sonntag eine Versammlung stattfinden, äußerte er sich: „Wer sich dem Verbands anschließt, wird sofort entlassen.“ Die Kollegen schredten aber davor nicht zurück. Am Montag, den 21. April, entließ er sofort zwei Kollegen ohne jeglichen Grund. Die anderen Kollegen wußten auf das Bureau kommen und wurden einzeln vernommen, jedoch erklärten sich alle standhaft. Herr Müb griff nun nach ganz sonderbaren Mitteln, um die Kollegen abwendig zu machen. Er äußerte sich, er wolle jedem Kollegen sein bezahltes Beitrittsgeld retour erlassen, wenn er austräte. Ferner ist Herr Müb Mitglied eines dortigen Gesangsvereins, der sein Vereinslokal dort hat, wo die Versammlung abgehalten wurde. Er schrieb einen Brief an den Vorstand des Gesangsvereins, daß er aus dem Verein austräte, weil das Lokal für solche Versammlungen hergegeben wurde. Er erklärte ferner den Kollegen: „Er wäre jetzt auch einem Verbands beigetreten, und sie bekämen nirgends mehr Arbeit.“ Wie gesagt, brauchte er noch mehr solche Medensarten, welche darauf hindeuten, daß er seiner Sache nicht sicher ist. Dieses Alles schredt aber die Kollegen nicht zurück. In einer Versammlung am Donnerstag, den 24. April, beschloßen die Kollegen, eine Kommission zu bilden, welche mit dem Anliege vor den Unternehmer hintritt, entweder die beiden Kollegen wieder einzustellen oder sämtliche Kollegen kehren der Fabrik den Rücken. Wir wollen hoffen, daß die Einigkeit unter den Kollegen so weiter bestet und sie werden erfahren, daß der Sieg unser ist.

Eine Konferenz für den 1. Gau

fand am 13. April in Ebing statt. Nach der Diskussion, die sich an den Bericht des Gauborstehers schloß, wurde fast ausschließlich die Frage besprochen, wie die Agitation für den Holzarbeiterverband gründlicher als bisher betrieben werden könne.

In seinem Bericht führte der Gauborsteher, Kollege Noske-Königsberg, aus: Sowohl an Zahlstellen wie an Mitgliederzahl weise der Gau einen verhältnismäßig großen Rückgang auf, der auch in der schwachen Beschickung der Konferenz zum Ausdruck komme. Die wirtschaftliche Krise machte sich in den Ostprovinzen besonders fühlbar. In Graudenz waren alle Versuche, die Zahlstelle aufrecht zu erhalten, vergeblich, da kein Kollege am Orte geneigt war, den Gauborsteher irgend wie zu unterstützen. In anderen Orten, wo die Mitgliederzahl zurückgegangen ist, trägt die Schuld zum großen Theil die Arbeitslosigkeit, daneben aber auch der Mangel an Thatkraft der Ortsverwaltung. Neue Zahlstellen zu gründen ist fast unmöglich, da nach wie vor in den Städten kein Versammlungslokal aufzutreiben ist. Ein Versuch, durch einen Aufruf in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu Anknüpfungspunkten bei den Reichsforstmachern zu gelangen, schlug fehl. Bei den Zahlstellen fand der Gauborsteher wiederholt für seine Bemühungen, Agitation zu betreiben, keine Gegenliebe. Die Korrespondenz des Gauborstehers bestand im Verjahren von 73 Karten und Briefen und zwei Depeschen. Die Erträge kamen in geringerer Zahl. Die schon früher gerügte Schreib-unlust mancher Verwaltungen hat nicht abgenommen. Es hätte sich mehr thun lassen, wenn der Gauborsteher jederzeit zur Verfügung stehen könnte, oder mehrere andere Redner zur Verfügung haben würde.

In der Diskussion sprach sich Herr v. Bromberg dahin aus, es müsse mit großem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß ein Gauborsteher angestellt werde. Der gegenwärtige Zustand sei unhaltbar, da von einem sonst voll beschäftigten Menschen nicht verlangt werden könne, daß er in dem räumlich so ausgedehnten Gau allen Anforderungen genüge. Der Redner besprach dann die

Verhältnisse in Bromberg. Dort wäre es von großem Vortheil gewesen, wenn man den Gauvorsteher ab und zu auf längere Zeit zur Verfügung gehabt hätte.

Beher-Br. Holland hielt die Anstellung eines besoldeten Gauvorstehers noch nicht für angebracht, da der Gau zu wenig Zahlstellen habe. Es sei aber vielleicht in Erörterungen darüber einzutreten, ob der Gau nicht in mehrere Agitationsbezirke zu theilen sei, dann bräuchten nicht so weite Reisen gemacht zu werden und die Agitation würde billiger sein. Der Redner besprach dann die Arbeitsverhältnisse in Br. Holland; die organisirten Kollegen sind sämmtlich in der dortigen Stuhlfabrik beschäftigt.

Rakuti-Königsberg rügte die Interesslosigkeit der Zahlstellenverwaltungen. Dem starken Rückgang der Zahlstellen hätte entgegengearbeitet werden müssen.

Elbing führte aus, der Gauvorsteher müsse für den Gau mehr Zeit aufwenden können, als jetzt möglich sei. Habe der jetzige Inhaber des Postens keine Zeit, hätte er sich nicht wieder wählen lassen sollen. In Elbing könne von einem größeren Rückgang der Mitgliederzahl keine Rede sein.

Rakuti-Königsberg spricht sich ebenfalls für die Anstellung eines Gauvorstehers aus. An einer Person, die genügend freie Zeit hat, fehle es jetzt gänzlich. Nohle, der sich nicht wählen lassen wollte, mußte sich zur Verfügung stellen, da kein anderer Kollege für den Posten zu haben war. Man müsse zufrieden sein, daß unter den bestehenden Umständen noch so viel gethan wurde.

Elbing: Dem Gauvorsteher könne dafür kein Vorwurf gemacht werden, daß die Zahl der Mitglieder im Gau zurückging. Das Eingehen von Zahlstellen müsse aber durch regelmäßigen Besuch der einzelnen Orte verhindert werden. Wenn man keinen Gauvorsteher finde, der frei über seine Zeit verfügen könne, müsse man mit dem bestehenden Zustand zufrieden sein.

Wronberg widerspricht dem lebhaft. So wie bisher gehe es nicht weiter. Redner sucht das an Vorkommnissen in Bromberg darzutun.

Nach weiterer Diskussion erklärte der Gauvorsteher Nohle, daß ihm das Amt eine höchst unangenehme Last sei, die er recht gern bald los sein möchte. Es sei sehr zu bezweifeln, daß der Hauptvorstand für den zwar an Ausdehnung größten, sonst aber kleinsten Gau die Mittel für einen besoldeten Gauvorsteher zur Verfügung stellen werde.

Die Erörterungen über die Agitation wurden nach einer Mittagspause fortgesetzt.

Wronberg erklärte, die Agitation müsse ganz anders betrieben werden als bisher. Der Hauptvorstand müsse für die östlichsten Provinzen mehr als bisher thun. Andere Organisationen, z. B. die Maurer, haben bedeutende Aufwendungen gemacht, aber auch bemerkenswerthe Erfolge erzielt. Redner stellte folgenden Antrag:

„Die Konferenz beschließt, es muß ein besoldeter Gauvorsteher angestellt werden. Der jetzige Gauvorsteher soll einen diesbezüglichen Antrag beim Hauptvorstand begründen und unterstützen.“

Elbing empfiehlt eine bald in Szene zu setzende Agitation, um die verloren gegangenen Mitglieder zurückzugewinnen.

Beher-Br. Holland stellte und begründete folgenden Antrag: Der Hauptvorstand möge ausgearbeitete Reserate herstellen lassen und den Ortsverwaltungen zur Verfügung stellen, damit die Zahlstellenverwaltungen interessanter gestaltet werden können.

Nohle betonte, der Hauptvorstand verdiene den Tadel nicht, daß er bisher zu wenig gethan habe. Derselbe würde so viel Geld, wie für Agitation verbraucht worden wäre, zur Verfügung gestellt haben. Ein angestellter Gauvorsteher würde sicher ein großes Arbeitsfeld haben. Die Rücksichtnahme auf die anderen Gawe werde dann dem Hauptvorstand verbieten, einen Gauvorsteher anzustellen. Mit gedruckten Vorträgen werde ohne Weiteres noch keine Verammlung interessant gemacht. Schlechtes Vorlesen gränze die Mitglieder hinweg. Guten Vorlesestoff finde man in Menge in Büchern, Zeitungen und Broschüren.

Nach längeren weiteren Auseinandersetzungen, z. B. über den Werth von Werkstatttagitation, wurden die Anträge Reih und Beher angenommen.

Der vor Beginn der Verhandlungen gestellte Antrag: „Ueber die Arbeitslosenunterstützung, mit besonderer Berücksichtigung der Arbeitsverhältnisse im ersten Gau, einen Vortrag zu hören und dann darüber zu diskutieren“, wurde zurückgezogen, da es an genügendem Material fehlte.

Beschlossen wurde noch, auch im nächsten Jahre eine Gaukonferenz abzuhalten. Ferner wurde beschlossen, der Gauvorsteher solle in jedem Halbjahre einen Bericht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Lehrlingswesen usw., im Gau herstellen, wozu die Zahlstellen das statistische Material zu liefern haben.

Gegen 6 Uhr Abends schloß der Gauvorsteher die Konferenz, nachdem er dem Wunsch Ausdruck gegeben hatte, daß auch auf dem so harten Boden im Osten Deutschlands die Organisation schließlich wachsen und blühen möge.

Zur Abstimmung.

Die Abstimmung ist nun glücklich vorüber, aber zur Befriedigung der Gemüther der für die Arbeitslosenunterstützung sich interessirenden Kollegen hat diese wenig beigetragen. Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung werden sich sagen, daß zur Durchführung einer so tief in die Verhältnisse des Verbandes einschneidenden Frage die absolute Stimmmehrheit nicht genügen kann, daß die Mehrheit mindestens zwei Drittel der Abstimmenden betragen müßte. Die große Zahl der Gegner muß besonders imponiren, wenn man bedenkt, daß die Vorstandskasse und die Presse ihr Möglichstes thaten, um den Sieg davonzutragen. Auch die Vorstandskasse scheint von dem Resultat der Abstimmung nicht besonders erbaunt gewesen zu sein; denn der Vorstandsbereich ist in ziemlich gedämpfter Stimmung gehalten und der große Haufe, mit dem für die Arbeitslosenunterstützung Propaganda gemacht wurde, hat sich leicht gelohnt. Die Kollegen, welche in der Minorität geblieben sind, werden nicht großen Schaden erleiden, wenn sie der Mehrheit folgen, auch wenn diese hier gering ist, heißt es in dem Vorstandsbericht. Ganz gewiß nicht. Dem Kollegen würde großen, wenn eine annehmbare Mehrheit vorhanden wäre: hier ist aber hier nicht der Fall. Wenn von circa 6000 Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes 2497 mit Ja und 2403 mit Nein gestimmt haben

und circa 19000 Kollegen sich der Abstimmung enthielten, also von der Arbeitslosenunterstützung überhaupt nichts wissen wollen, da kann doch durchaus von einer Mehrheit nicht gesprochen werden. Und warum will man denn auch dem Holzarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung aufdrängen, trotzdem sich so Viele dagegen sträuben? Vielleicht weniger wegen der arbeitslosen Kollegen als deswegen, daß mehr Geld in die Verbandskasse kommen soll, und die Arbeitslosenunterstützung ist bloß das Stedenpferd, auf welchem das Geld herbeigebracht werden soll. Es wurde schon mehrere Male bestritten, daß von gewisser Seite die Arbeitslosenunterstützung durchgedrückt werden soll, wer aber kurz vor Schluß der Abstimmung den Aufruf: „In erster Stunde“, gelesen hat, der konnte sich sein Urtheil selbst bilden. Da hieß es: Wer noch nicht abgestimmt habe, möge sofort seinen Stimmzettel mit Ja ausfüllen usw. Die beste Antwort darauf haben die Kollegen gegeben, die dann überhaupt gar nicht abgestimmt haben.*

Es ist nun Sache des Verbandstages, hierüber das Weitere zu beschließen. Die Delegirten mögen es sich doch reiflich überlegen, ob es nicht ratsamer wäre, die Arbeitslosenunterstützung vorerst bei Seite zu legen, als sie über die Köpfe so vieler Gegner hinweg im Verbannde einzuführen. Die Folgen würden dann sie zu verantworten haben.

*) Um so tabelnswerther, wenn der Einsender Recht hätte, und um so weniger Grund hätten die Gegner, sich über die geringe Mehrheit aufzuregen. Auf den obigen Satz, der uns im Eifer für die nach unserer Auffassung so dringlich notwendige Arbeitslosenunterstützung enthielt, verbeißt man sich, ohne jedoch auch die nachfolgenden Sätze zu beachten, in denen ausdrücklich auf die Konsequenzen jeder Pflichtvernachlässigung hingewiesen wird. Der Durchmarsch der Mitglieder in den letzten zwei Jahren durch den Verband sollte jedem vernünftigen und denkenden Menschen die Augen öffnen, und innerlich befriedigt sollte er sein, daß nun endlich der Fluktuation wenn nicht ganz, so doch zum guten Theile durch die Arbeitslosenunterstützung gebindert werden kann. Im neuesten Vorstandsbericht befinden sich folgende Ziffern: Seit dem Verbandstage in Nürnberg sind in den Verband 68780 neue Mitglieder aufgenommen worden und am Schluß des Jahres 1901 zählte er ganze 67341, also 1439 weniger als in zwei Jahren aufgenommen sind.

Auf die weitere Bemerkung, die Arbeitslosenunterstützung sei bloß das Stedenpferd, auf welchem mehr Geld in die Verbandskasse gebracht werden soll, erwidern wir, daß das ganz selbstverständlich ist, und zwar zu dem Zwecke, für welchen es bestimmt ist: zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder. Die Anhänger haben wirklich nicht die Absicht gehabt, die Arbeitslosenunterstützung nur durchzudrücken, sondern sie wünschten, daß dieselbe mit größerer Majorität als geschehen angenommen werden sollte. Warum also lauter solche Kalentchen machen! Man finde sich mit dem Resultat der Abstimmung ab, und helfe, daß der Verband wieder weiterkomme. Die Red.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zuzug von Tischlern ist ferngehalten nach Bayreuth (H. Holl), Reichenhausen (E. Rib & Söhne), Ratingen (Schnod), Uedermünde (Vorenz), Zeulenroba.

Aus Ratingen wird gemeldet, daß der Streit bei J. Schnod fortbauert, daß sich zwei Arbeitswillige gefunden und daß dieselben Sonntags auf Arbeitswilligen gehen. Auch die Polizei macht sich mehr als nöthig bemerkbar. Sie verbietet den Streikenden das Passiren der Straße, in der die Fabrik Schnod's liegt, und ist sogar vermessener genug, einigen Streikenden den Aufenthalt auf Privatgrundstücken zu verbieten, trotzdem diese Erlaubniß von dem Eigenthümer haben, sich dort aufhalten zu dürfen. Als sich die Streikenden weigerten, das Grundstück zu verlassen, erhielten sie Strafmandate von je M. 10. Glücklicherweise ist der Gendarm nicht die höchste Justanz in Preußen-Deutschland. Die Kollegen der umliegenden Zahlstellen, besonders aber Eßen, werden ersucht, darauf zu achten, daß Streikbrecher nicht nach Ratingen kommen und daß Zuzug fern gehalten wird.

Die Zeulenrobaer Tischler haben am 28. April ihre Forderungen den Arbeitgebern unterbreitet; da vermutet wird, daß die Forderungen auf Schwierigkeiten stoßen werden, ersuchen wir schon jetzt um Fernhaltung des Zuzuges.

In der Möbelfabrik Firma Wieprecht & Co. in Delitzsch sind Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter in den Ausstand getreten wegen großer Reduktion der Akkordpreise. Bei dem Antritt des Werkführers Eichner wurde der bestehende Tarif ganz einfach verworfen, weil, wie er sagte, zu viel verdient würde. Die Abzüge belaufen sich auf 30 bis 35 pSt. Die Kommission war mehrere Male vorkommt, um über den Tarif zu beraten, wurde aber jedesmal abgewiesen, so daß wir gezwungen waren, die Gewerkschaft mit hinzuzuziehen. Bei der Verhandlung, die nun stattfand, wurde von Seiten der Firma nichts festgesetzt, sie gab nur Bertröstungen, mit denen sich die Arbeiter zufrieden geben sollten. Auch bei einer späteren Verhandlung wurde noch einmal der Versuch gemacht, einen friedlichen Ausgleich zu schaffen, was aber von der Firma zurückgewiesen wurde; sie erklärte, auf keine Verhandlung mit dem Holzarbeiterverband sich einlassen zu wollen. Die Kollegen Deutschlands werden ersucht, die Kollegen in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie den Zuzug streng fern halten.

Erklärung.

Den an dem Streit bei der Firma Hübler in Duisburg beteiligten sowie anderen interessirenden Kollegen erkläre ich hier öffentlich, um allen Kombinationen die Spitze abzubrechen, daß meine geflogene Verhandlung mit Herrn Hübler am 19. April genau in der Weise ihren Abschluß gefunden, wie ich am selbigen Tage Abends den Kollegen berichtet habe. Wenn Herr Hübler heute mit seiner Ehre in Einklang zu bringen vermag, unseren Kollegen gegenüber ein Anderes zu behaupten, so ist das seine Sache; es kennzeichnet aber ein solches Gebahren die schon oft bewiesene Unethikmoral und was man auf Verprechungen, auf Treue und Glauben dieser Herren trotz hochheiligen Versicherungen zu geben hat.

Aug. Hartung.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die „Musikinstrumenten-Zeitung“, das Organ der Pianofortefabrikanten, nimmt in einem Artikel Stellung zu dem Kleinlein'schen Aufruf an die Klavier-, Klavier- und Harmoniumarbeiter in Preußen, Sachsen und Thüringen, eine von diesem zu Pfingsten einguberufende Konferenz zu beschicken, um Berathung zu pflegen, wie man kleine Lokalorganisationen gründen kann. Daß das Unternehmerorgan von der Kleinlein'schen Agitation nicht viel fürchtet, zeigt am besten der Schlußsatz: „Es sind Phrasen, mit denen kein Hund sich hinter dem Ofen hervorladen läßt.“

Bezüglich der „Phrasen“ sind wir natürlich anderer Meinung, als das Unternehmerorgan. Kleinlein hat in durchaus treffender Weise auf die niedrigen Löhne hingewiesen, die von den Unternehmern an die von ihnen ausgepörrten Arbeiter gezahlt werden, er hat die menschenunwürdige Behandlung erwähnt, die lange Arbeitszeit, die Vertriebsbeschränkungen und die Lohnreduktionen, kurzum, er hat Klagen erhoben gegen das Unternehmertum der Musikinstrumentenindustrie, die durchaus berechtigt sind, für deren Michtigkeit auch wir jeden Augenblick den Beweis antreten. Was dem Unternehmerorgan Anlaß gab, von „Phrasen“ zu reden, kann nach unserer Auffassung nur die Art der Agitation sein, die Kleinlein seit Jahren in Berlin für eine dem organisirten Unternehmertum gegenüber fast- und kraftlose Organisation betrieben hat, und die er nun auch in der „Provinz“ anwenden will. Daß man mit solcher Vereinspielerei „keinen Hund hinter dem Ofen hervorladen kann“, begreift das Unternehmertum nur zu gut, und deshalb auch die cynische Bemerkung am Schluß ihres Artikels, „daß das liebe Fest diesmal ja nicht zu spät falle, um allzu lange auf die hochwichtigen Beschlüsse warten zu müssen, und das sei auch ein Trost.“

Die Bemerkung der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu dem Kleinlein'schen Aufruf in Nr. 15 faßt das Unternehmertum schon etwas anders auf als die Musik aus der Kleinlein'schen Flöte. Ein unverkennbarer Aerger darüber, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ den Zersplitterungsversuchen des Kollegen Kleinlein hindernd in den Weg tritt, macht sich aus jeder Zeile eines in der „Musikinstrumenten-Zeitung“ an der Spitze des Blattes stehenden Artikels bemerkbar. Daß sie neben einigen giftgeschwollenen Malicen gegen die „Holzarbeiter-Zeitung“ dem Kollegen Kleinlein einige Tropfen Balfam in sein ihm von uns verwundetes Herz träufelt dafür, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ seine Bemühungen, eine Konferenz zur Organisationsgründerei, mit Un dan k lohnt, sei nur nebenbei erwähnt. Das Unternehmerorgan weiß den Genossen Kleinlein zu schätzen; es weiß sehr gut, daß eine alle Musikinstrumentenarbeiter umfassende Organisation für den Profit der Unternehmer gefährlicher ist, als ein Vereinen, das sich auf Berlin beschränkt und wie ein Weilschen im Verborgenen blüht. Es weiß sehr gut, daß, je uneiniger die Arbeiter eines Berufes sind, desto besser und ungehinderter können die Unternehmer im Rohr sitzen und Pfeifen schneiden. Daß dies bisher in Berlin leider geschehen konnte ist zum guten Theil auf die sonderbare und ganz unverständliche Taktik des Genossen Kleinlein zurückzuführen, und wenn wir uns dagegen wenden, so haben wir dazu ein unbestrittenes Recht; ja, wir haben die Pflicht, zu verhindern, daß die gleichen Quertreibereien auch im übrigen Deutschland ihren Anfang nehmen.

Kleinlein und Genossen behaupten, „daß die Klavierarbeiter Deutschlands den Holzarbeiterverband entschieden abgelehnt haben. Der große Schein des Holzarbeiterverbandes habe in seinen Versuchen, diese Branchen zu organisiren, vollkommen Fiasco gemacht.“ Kleinlein wird zunächst angeben müssen, in welchen Orten der Holzarbeiterverband abgelehnt wurde. Allgemein genommen ist die Behauptung un-wahr; denn in allen Orten, wo die Klavierindustrie in Betracht kommt, gehören Arbeiter dieser Branche dem Holzarbeiterverbande an; daß auch hier und dort einige Quertöpfe sind, ist ja nicht ausgeschlossen, und daß sie aus irgend welchem Grunde „dem großen Schein“ nicht angehören wollen, ebenfalls. Diese sind es ja auch gerade, auf die Kessler & Co. bauen. Solche „Vertrauensleute“ sind es zummeist, die in den Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes einen Stand anzetteln und schließlich, wenn die Stänkerlei zu bunt wird, gebeten werden, die Thüre von draußen zuzumachen. Solche Elemente finden sich überall und von der Firma Kessler & Co. werden diese mit Stußhand aufgenommen. Es ist nicht unmöglich, daß solche Vertrauensleute auch in der Klavierbranche zu finden sind, unjeres Wissens sind unter den dem Holzarbeiterverbande angehörenden Musikinstrumentenarbeitern solche aber nicht.

Wenn die Klavierarbeiter sich organisiren wollen, ist ihnen überall die Gelegenheit dazu geboten, und ganz gewiß, es wird seitens des Holzarbeiterverbandes Alles gethan, um die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie aller Branchen von der Nothwendigkeit des engen Zusammenhanges zu überzeugen. Wird es gewünscht, unter sich zu bleiben, steht der Sektionsbildung nichts im Wege. Wir geben zu, daß mehr gethan werden könnte, aber zunächst müßte dann doch von den Mitgliedern dieser Branche ein regerer Anstoß dazu gegeben werden.

Kleinlein, der, wie alle seine Kollegen, von der Firma Kessler & Co., auf die Unterstüßungsrichtungen der „bersumpften Zentralverbände“ schimpfen, nimmt natürlich den Moment wahr, wo der Holzarbeiterverband eine solche Einrichtung schafft und zu dem Zwecke einen höheren Beitrag erheben muß. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß unter den besserstürzten Musikinstrumentenarbeitern solche sind, die glauben, bis an ihr seliges Lebensende von Arbeitslosigkeit verschont zu bleiben und deshalb für eine für sie überflüssige Einrichtung einen höheren Beitrag nicht zahlen wollen, obgleich gerade sie ihren schlechter gestellten Berufskollegen im Lande die Solidarität bewahren sollten. Kleinlein kennt seine Pappensheimern, denn er zählt ja gar Viele unter seinen Anhängern, die aus solchem Anlaß sich zu ihm gestellt haben. Man hat bei ihm für niedrige Beiträge noch obendrein das Privileg erworben, zu den „Unentwegtesten“ zu

zählen und einer „Berufsorganisation“, und nicht „dem großen Schleim des Holzarbeiterverbandes“, anzugehören.

Mit gutem Recht haben wir gesagt, daß Kleinlein treiben geht, um Dumme für sich einzufangen, d. h. solche Leute, wie er sie für seine Quertreibereien gebraucht. Damit, nämlich mit der Feststellung dieser allgemein bekannten Tatsache, soll nun der leitende Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ seine Stellung dazu bezeugen haben, „die Geschäfte der Unternehmer zu besorgen und einen Treubruch an der deutschen Arbeiterbewegung vollzogen haben.“

Wie wir es wohl im Kopfe des Verfassers jener Resolution aussehen mag, in der sich dieser Satz befindet! Weiter hatten die versammelten Mitglieder des Berliner Fachvereins die Freundschaft, „dem leitenden Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ so lange die Ehre abzuverleihen, bis derselbe in einer öffentlichen Musikinstrumentenarbeiterversammlung Berlins den Beweis der Wahrheit für seine von ihm öffentlich aufgestellten Behauptungen erbringt.“

Natürlich wird unter leitender Redakteur, um seine ihm von den Nachbetern der bekannten Firma aberkannte Ehre wieder zurückzuerobieren, sofort nach Berlin fahren, und zwar mit dem schnellsten Schnellzug. Oder er wird der Firma Kleinlein & Co. raten, nach dem gleichen Muster mit dem Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu verfahren, wie die rühmlichst bekannte Firma Theodor Fischer & Co. mit dem Redakteur des „Simmerer“, d. h. ihn wegen Verleumdung verklagen, und zwar nicht am Gerichtsstand der „Holzarbeiter-Zeitung“, sondern am Sitz der Firma Kleinlein & Co., wie das jetzt bei den „alleruntergelegtesten“ Sozialdemokraten der Richtung Reßler, Fischer & Co. Mode geworden ist.

Die Spielwarenindustrie in Thüringen und die Handelsverträge. In der Hilburghäuser argrarfreundlichen „Dorfzeitung“ steht eine Zuschrift aus Neustadt bei Koburg, in der hervorgehoben wird, daß auch die Puppen- und Spielwarenindustrie, die Hauptindustrie jener Gegend, einer schweren Krise entgegengeht. Während sonst um diese Zeit die einlaufenden Bestellungen nicht oder doch nur mit Verspätung bewältigt werden konnten, fehlen zur Zeit manchem Exporthause die Aufträge oder vorhandene werden annulliert oder reduziert. Es gäbe zwar Geschäfte, die noch nicht klagen dürften, das wolle aber nichts bedeuten gegenüber den vielen Leuten, die in der weitzweigigen Puppen- und Spielwarenindustrie ihr Brot suchen. Die Veröffentlichung der agrarfreundlichen „Dorfzeitung“ betonte ferner ausdrücklich, daß nach einer alten Erfahrung durch eine Stöckung in Spielwarengeschäft Thüringen sofort auch alle anderen Geschäfte in Mitleidenschaft gezogen werden und schloß mit der bangen Frage: „Was soll erst im Winter werden?“

Mit Recht wirft die „Zeitschrift für Drechsler, Wildhauer und Eisenbeingraber in Leipzig“ die Frage auf: „Was wird erst werden, wenn Handelsverträge nicht zu Stande kommen?“ Die Spielwarenindustrie ist, wie wir schon in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ in diesem Jahre hinwiesen, in der Hauptsache auf den Export angewiesen, denn von 65 Millionen Mark Werthen, die diese Industrie erzeugt, werden für 53 bis 55 Millionen Mark exportiert. Für die circa 600 bis 700 Menschen, die mit Vernichtung dieser Industrie brotlos gemacht würden, ist es von größter Bedeutung, daß die Unsicherheit in der Gestaltung unserer Vertragspolitik aufhört, und daß bei Erledigung der bevorstehenden Zollfragen langfristige Handelsverträge abgeschlossen werden.

Die Tischler-Zunfts-Krankenkasse in Berlin hat ein Defizit von M 75 000 im letzten Jahre zu verzeichnen; infolgedessen müssen die Beiträge um 9 S pro Woche erhöht werden. Nicht macht Mitteilung, daß eine außerordentliche Revision stattgefunden, und Alles in Ordnung gewesen sei. Doch sei die Einsicht in die Bücher zur Feststellung des Ein- und Abgangs der Mitglieder verweigert worden; hiergegen sei Protest bei der Gewerbedeputation erhoben worden. — Jedenfalls stand das Verlangen, Einsicht in die Mitgliederliste zu nehmen, mit dem Arbeitsnachweis der Innung in Verbindung, man wolle gern wissen, wie die Beschüsse von den Mitgliedern der Innung durchgeführt wurden. Diesem Zwecke dienen die Mitgliederlisten der Krankenkasse nicht, und daher war es ganz in der Ordnung, wenn dem wibbegierigen Herrn Nicht gestattet wurde, seine Nase in etwas zu stecken, was ihn nichts angeht. Darüber ist der gute Mann so erbozt, daß er den Vorschlag machte, die Hälfte der Beiträge zu zahlen, damit die Innungsmeister wieder die Majorität im Vorstande erlangten. Es war schon gewesen, Herr Nicht, aber diesmal glückt's noch nicht.

Gewerkchaftliches.

Der christliche Holzarbeiterverband hält seinen zweiten Verbandstag am 26. Mai d. J. in Köln ab. Auf der Tagesordnung desselben steht außer den gewöhnlichen geschäftlichen Fragen als Punkt 4: „Die Krankenkassenfrage“, wobei eine Entscheidung darüber getroffen werden soll, ob der Verband eine eigene Krankenkassen-Zuschußkassen gründen oder sich einer bereits bestehenden Zuschußkassen anschließen soll; weiter als Punkt 6: „Die staatliche Arbeitslosenversicherung“. Aus den vom Verbandstag gestellten Anträgen ist ein solcher des Vorstandes bemerkenswert, der den Sitz des Vorstandes von München nach Köln verlegt wissen will. Darnach scheint Herr Stegerwald in München nicht die besten Erfahrungen gemacht zu haben, sonst würde er sich nicht nach Köln sehnen. Unsere Kollegen am Rhein werden dafür zu sorgen wissen, daß er sich dort nicht wohler fühlt, wie in der Stätte seiner bisherigen Erfolge, München. Vom Vorstand und von den zahlreichsten Erier, Offen, Freiburg, Köln, Hamburg, Grünstadt, Frankfurt, Berlin und Bruchsal wird beantragt, den nächsten Verbandstag von 15 auf 20 S, von München denselben auf 25 S zu erhöhen. Weiter soll, um mehr Geld in die Hauptkassen zu schaffen, nach einem Vorstandsantrag der Anteil der Hauptkassen von 75 pZt. auf 85 pZt., nach Anträgen der Zahlstellen Cleve und Grünstadt von 75 auf 80 pZt. erhöht werden. Gegen diesen Anträge, die zwecks Sanierung der Hauptkassen

größere Einnahmen flüssig machen wollen, sind natürlich eine ganze Anzahl von Anträgen eingebracht, nach denen der Verband mit Arbeitslosen- und anderen Unterstützungen noch mehr belastet werden soll. Größerer Ausbau des Verbandsorgans, weitere Errichtung von Verbandssekretariaten mit besoldeten Agitatoren für Breslau, Berlin, Mainz, Regelung des Herbergswesens, um das sich der Verband bisher zumeist nicht kümmerte, das sind im wesentlichen die Gegenstände, die durch die vorliegenden Anträge auf die Tagesordnung des Verbandstages gesetzt werden. Anträge auf öffentliche Kassenlegung vermissen wir. Den Mitgliedern scheint darnach das Unwürdige des Zustandes, der durch die Veranlassung öffentlicher Kassenlegung geschaffen ist, garnicht zu empfinden, sonst würden sie doch die Absicht des Besessens erkennen lassen. Sie gefallen sich nun einmal in der Rolle der Dunkelmänner.

Vom Generalstreik der deutschen Glasarbeiter ist die Abrechnung in Form einer Broschüre an die Redaktionen der Fachblätter verandt (wir haben leider keine erhalten. Red. d. H.-Ztg.). Darnach kostete der Streik M. 591 222,95; durch freiwillige Sammlungen, Beiträge der Gewerkschaftsverbände, Kartelle wurden M. 537 051,58 aufgebracht, während aus der Verbandskasse des Glasarbeiterverbandes M. 51 171,37 entnommen wurden.

Der Tapeziererverband, der in der letzten Nummer seines Verbandsorgans, dem „Correspondenz-Blatt“, seine Abrechnung veröffentlicht, hat darnach im Jahre 1901 an Beiträgen- und anderen Einnahmen zu verzeichnen M. 41 681,30 gegen M. 28 878,23 im Jahre 1900. Die Einnahme der Hauptkasse bezifferte sich auf M. 27 874,62, die Ausgabe auf M. 16 471,57. Der Verband verfügt über ein Gesamtvermögen von M. 16 857,22. Der Mitgliederbestand ist von 4012 im Jahre 1900 auf 4447 im Jahre 1901, also um 435 gewachsen. Der Verband hatte über starke Fluktuation an Mitgliedern zu klagen. Gegen 2800 Mitglieder sind im Laufe des Jahres 1901 neu eingetreten.

Der Bergarbeiterverband ist wohl die einzige deutsche Gewerkschaft, die im Jahre 1901 einen größeren Mitgliederzuwachs erfahren hat. Am Schluß des Jahres gehörten ihm 38 042 Mitglieder an, gegen 36 420 am Schluß des Jahres 1900, inzwischen ist ja bekanntlich das 40. Tausend überschritten. Auch die Vermögensverhältnisse des Verbandes haben sich günstig entwickelt. Das Barvermögen hob sich von M. 62 029,09 auf M. 130 288,77. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse ohne Kassenbestand belief sich auf M. 261 227,78, davon M. 237 047,16 für Beiträge. Die Gesamtausgabe der Hauptkasse betrug M. 192 968,10. In dieser Ausgabe ist der Anteil der Ortsvereine in Höhe von M. 51 069,96 enthalten. Weitere Ausgaben betragen von Belang sind: M. 14 567,63 für Rechtschutz, M. 18 918,60 für Sterbe-Unterstützung, M. 11 152,93 für Agitation, M. 9596,29 für Gemahregelunterstützung, M. 5629,55 für Streikunterstützung, M. 4900,30 für Generalversammlung und Konferenzen, M. 9617,80 persönliche und M. 3169,16 sachliche Verwaltungskosten (Hauptverwaltung und Zweigbüreau). Zur Herstellung des Fachorgans und sonstiger Drucksachen hat der Verband eine eigene Druckerei, für deren Unterhaltung, sowie für Arbeitslöhne und Papier M. 46 569,23 verausgabt wurden. Die Redaktion kostete M. 3812,96, die Expedition der Zeitung M. 10 565,29.

Heinrich Wöller, der frühere Vorsitzende des deutschen Bergarbeiterverbandes, der erst Anfang dieses Jahres aus Gesundheitsrücksichten von der Leitung dieser Gewerkschaft zurückgetreten ist, ist am 22. April in Ober-Langenbielau gestorben. Der Verstorbenen hat sich um die Bergarbeiterbewegung sehr verdient gemacht, welche hervorragende Tätigkeit ihm 15 Monate Gefängnis und zahllose Verleumdungen seiner Gegner einbrachte. Noch kurz vor seinem Tode konnte er aber noch die Genußthung erfahren, daß einer seiner erbittertesten Feinde, der Vorsitzende der christlichen Bergarbeiter, Herr Brust, als ein Verleumder vor Gericht bloßgestellt wurde. Die dem todtkranken Manne zugeschiebener Verleumdung, er habe um eine Anstellung im Bergwerksbetrieb zu erlangen, seinerzeit die Bergarbeiterbewegung verraten wollen, erwies sich als eine unverschämte Lüge. Das Vorkommnis ist typisch, mit welchem Haß der Mann verfolgt wurde, und welcher Bekämpfung die Bergarbeiterbewegung sich zu erwehren hat. Wöller hat in diesem Kampfe tapfer seine Stellung verteidigt und wird in der Arbeiterbewegung in gutem Andenken bleiben.

Technisches.

Perlmutternüppe zu färben, bereitet man sich konzentrierte wässrige Farbstofflösungen, am zweckmäßigsten Anilinfarbstoffe enthaltend. Die mittelst lauwärmer Pottaschelösung von fettiger Substanz befreiten Perlmutternüppchen werden nach dem Abwaschen mit Wasser in die Farbstofflösungen gebracht und läßt man dann unter häufigem Umrühren an einem warmen Orte stehen. Wird eine tief eingedrungene Färbung verlangt, so muß die Behandlung mit der Farbstofflösung längere Zeit, etwa zwei Wochen, dauern. Hierauf werden die Nüppchen aus der Lösung genommen, mit Wasser abgewaschen und getrocknet. Sie sind dann zum Gebrauche fertig.

Zur Eisenbeinindustrie.

In einem Aufsatz der Nr. 16 der „Holzarbeiter-Zeitung“ bespricht der Einsender desselben die Lage der Eisenbeinindustrie, welche allerdings weit zurück ist. Indessen erlaube ich mir, über die Ursachen dieses Rückganges wie über eine Wiederbelebung in einigen Punkten anderer Meinung zu sein. Zwar halte ich diese Erwiderung kaum für würdig, als Gegenstück in unserer Zeitung abgedruckt zu werden, doch könnte sie den Verfasser des Artikels in Nr. 16 vielleicht interessieren, falls die verehrliche Redaktion die Güte haben wollte, ihm dieses zu übermitteln. Meines Erachtens wird in dem betreffenden Artikel zu wenig Gewicht auf die Vertheuerung des Eisenbeins gelegt, welche aus natürlichen Gründen nicht nur andauern, sondern noch steigen wird, da Eisenbein immer knapper

wird. Die Frage, welchem Künstler es gelingen wird, vor Allem die Kleinplastik in Eisenbein durch moderne geniale Muster zu heben, lasse ich offen. Ich glaube, es würde nicht an tüchtigen Arbeitern fehlen, wenn ihre Erzeugnisse nur Käufer fänden.

Will man zur Besserung der Sache etwas unternehmen, so denke man doch nicht nur an die oberen Zehntausend. Die Künstler und Arbeiter entstammen doch zum größten Theile den unteren Volksschichten; mögen sich doch auch diese mal ein wenig für die Kunst interessieren. Leider kann man hier sehr oft beobachten, daß der Name Eisenbein einen kunstlosen Gegenstand für Viele begehrenswerther macht als einen kunstvollen aus geringerem Material, z. B. Knochen, dessen stärkster Konkurrent, das Celluloid, zur Veredelung seiner Formen kaum geeignet sein wird. Es weiß eben Jeder, daß es eine geringwertige Masse ist, die man jederzeit in beliebiger Menge und in beliebig großen Stücken herstellen kann, und daß es nicht schwieriger ist, sie in eine Kunstform zu pressen, als in eine banale. Etwas mehr Hoffnung hege ich für einen Aufschwung der Knochenverarbeitung, wenn nur das Volk sein altes Vorurtheil überwinden könnte. Ich halte den modernen Stil zur Neubelebung der Kleinplastik für besonders günstig. Man kopirte sich nur nicht darauf, schöne Eisenarbeiten in anderem Material nachzuahmen. Es muß eben jeder Stoff seine eigene Art haben, anders ist ein Kunstwert überhaupt nicht denkbar. Ich glaube, es ließen sich sehr wohl für billigen Preis aus Knochen Sachen herstellen, die weder der Feinheit noch der Hielichkeit entbehren.

Vielleicht hat der Holzarbeiterverband den Muth, etwas zur Hebung der Sache zu versuchen; wenn unsere Zeitung Illustrationen brächte, wäre das allerdings leichter. Eine jedem Mitglied leicht zugängliche Sammlung guter Musterzeichnungen*) oder gar Modelle wäre auch sehr gut, existirt aber meines Wissens nicht. Wer weiß da Rath? Zur Steuerung der Arbeitslosigkeit wäre er sehr erwünscht. O. Willeh.

*) Dem Wunsche des Einsenders wird leider in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht entsprochen werden können. Ganz abgesehen von den Kosten, die Zeichenbeilagen verursachen, würde der Versand ein solch komplizirter werden, daß schließlich nicht hindurch zu finden wäre. Wir geben zu, daß die beruflichen Interessen der Kollegen in den verschiedensten Branchen durch gute Muster und Vorlagen gefördert werden könnten, aber leider läßt sich das unter den gegenwärtigen Umständen garnicht machen. Auch die Verwendung von Cliches im Text ist unmöglich, da selbst die schärfsten Contouren einer Zeichnung bei Rotationsdruck nicht mehr zu erkennen sein würden. Realisierbar ist aber der Gedanke, daß seitens der Verwaltungen für die Bibliothek auf ein oder mehrere rein technische Journale abonniert würde. Damit könnte dem Streben der Kollegen nach besserer beruflicher Ausbildung am besten Rechnung getragen werden. Aber auch sonst ist in großen Städten dazu hinreichend Gelegenheit, und zwar ohne daß dem Einzelnen große Kosten erwachsen; nur muß der Wille dazu vorhanden sein. Es wäre für unsere Organisation viel vortheilhafter, wenn besonders die jüngeren Kollegen ihre überflüssige Zeit zur Bereicherung ihrer fachtechnischen Kenntnisse verwenden würden, anstatt sie in allen möglichen Clubs und Klubbvereinen todzuschlagen.

Die Redaktion.

Literarisches.

„In Freien Stunden“, Heft 8-16. Die von uns schon wiederholt empfohlene illustrierte Romanbibliothek, welche die Buchhandlung Vorwärts in 10 S-Heften herausgibt, bringt jetzt neben dem padenden Roman „Der Bastard“ von Spindler nach Abschluß von Gorki's „Dämonen“ den ergreifenden Roman von Boti: „Ein Seemann“.

Briefkasten.

* Gefährten Sand als Sargtiren — wie solcher in Schleswig-Holstein, Hamburg und anderen Orten Verwendung findet — liefert Herr Wilh. Peters, Altona, Wilhelmstr. 192-194, Nr. 100 Pfund M. 6.
* Welche Fabrik liefert künstliches Holz, d. h. Holz aus gepreßten Sägespähen. Der Fragesteller hat Holz nöthig, welches sich nicht zieht.
* Holzbuchstaben liefert als Spezialität Herr G. Kirner, Berlin NO. 43, Wabgedstr. 19.
* Arbeiter-Stenographenbuch (System Arendt), Frankfurt a. M., Vorfigender Joseph Burgmaier, Humboldtstr. 72.
* „Schirmmacher-Zeitung“ erscheint in Leipzig, ist aber nicht durch die Post zu beziehen.
* Gartenmöbel aus Naturholz liefert die Firma J. S. F. Böbers in Albed.

Dresden, O. S. Wir wissen garnicht einmal, ob Sie Mitglied unseres Verbandes sind. Außerdem steht Rede und Gegenrede sich gegenüber; wenn B. befreitet, was Sie behaupten und kein Zeuge hat es gehört, dann liegen wir drin bis über die Ohren. Also, so geht das noch nicht.
Sanau, A. S. Ich werde Deinen Protest dem Verbandstage sofort bei Zusammenkunft unterbreiten. An seine Adresse ist er gerichtet, er wird deshalb darüber zu entscheiden haben.

Köln, J. S. Mag ein Ansporn sein für unsere Agitatoren und Vermittler, es ebenso zu machen. Wir haben keine Ursache, diese Thatsache zu verschweigen.
Gertha, A. R. Werde Ihre Ansicht daüber dem Verbandstag zur Kenntniz vorlegen.
Reichenhall. Konfus heißt in dem von Ihnen angeregten Falle: kein logischer Aufbau von Gedanken, ein buntes Allerlei von verworrenen und unklaren Ausführungen über eine zur Besprechung stehende Angelegenheit. Decharge heißt: Entlastung; in dem Falle, wie Sie ihn bezeichnen: der Verehrte hat uns gegenüber keine Verbindlichkeiten mehr, er ist seiner Pflicht entbunden (vorangesezt, daß das Statut oder sonst ein Vertrag ihn verpflichtet, eine bestimmte Zeit sein Amt weiter auszuüben). Wenn z. B. der Verbandstag den Beamten Decharge ertheilt, dann heißt das: sie sind ihrer Pflicht entbunden, entlastet oder entlassen und müssen sich dann einer Wahl unterziehen.

Verjammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 4.)

Braunschweig. Sonnabend, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

Cotta-Dresden. Sonnabend, 10. Mai, in „Stadt Dresden“.

Emden. Donnerstag, 8. Mai, bei Menthe.

Eisenberg. Sonnabend, den 10. Mai. Tagesordnung: Das Ergebnis der Statistik.

Görlitz. Sonnabend, den 10. Mai, Abends 8 Uhr, im „Belvedere“. I. D.: 1. Vortrag des Photographen Röhn über: „Die Geheimnisse der Photographie“. 2. Geschäftliches. Zahlreicher Besuch erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

Rhin a. Rh. Sektion der Stellmacher. Samstag, den 10. Mai, im Lokale des Herrn Unkelbach, Gereonswall 4. Wegen wichtiger Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen. Der Sektionsführer.

Wiesbaden. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, Abends 9 Uhr, in „Zu den drei Königen“, Marktstraße 26.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bensheim. Bevollm. Georg Seeger. Reiseunterstützung zahlh. Springer, Kassierer, Briefelstr. 52, aus.

Bonn a. Rh. Die Adresse des Kassierers ist von jetzt ab Mag. Schönherr, Rheinborferstraße 1.

Jugolstadt. Bevollm. Joh. Schmidt, Bürkenmacher, Am Stein 6, l. Et. Herberge „Gasthof zum Lindermaler“, Theresienstr. Auszahlung der Reiseunterstützung daselbst.

Kattowitz, O.-S. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Reiseunterstützung beim Kollegen Kassierer Th. Birghan, Mühlstr. 28, 2. Et., Mittags von 12-1 und Abends von 7-9 Uhr ausbezahlt wird. Verkehrslokal bei A. Drottschmann, Mühlstr. 17.

Schwöben, S.-A. Den auswärtigen Kollegen hiermit zur Nachricht, daß die hiesigen Gewerkschaften seit dem 1. Mai d. J., Wiesenstr. 2, einen allgemeinen Arbeitsnachweis haben und eruchen wir deshalb, das Umhauwen zu unterlassen. Reiseunterstützung wird jedoch noch vom Kassierer ausgezahlt. Die Ortsverwaltung.

Storbetatel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Georg Euler, Schreiner, geb. am 12. 2. 53 zu Heßlos, gest. am 24. 4. 02 an Schloßschwindsucht zu Offenbach a. M.

Friedr. Schloh, Schreiner, geb. am 16. 1. 75, gest. am 20. 4. 02 zu Mainz. Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Hermann Lessnar aus Emmerich, sende umgehend Deine Adresse an Heinrich Adam, Eysberg 118 F. bei Emmerich am Rhein.

Tischler

10 Jahre praktische Thätigkeit, Absolvirter einer Tischlerfachschule, flotter Zeichner, in Buchführung, Kalkulation, sowie in sämtlichen schriftlichen Arbeiten bewandert, sucht passende Stellung, wo er event. auch praktisch mitarbeiten muß. Offerten u. D. S. 131 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Poliermeister, thätig u. energisch, sucht Stellung möglichst in einer Stuhlfabrik. Gest. Off. u. C. L. 130 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Wir suchen

zum sofortigen Eintritt mehrere tüchtige

Arbeiter

auf feuerfeste und geschweifte Söphagestelle.

Düsseldorf. Söphagefabrik, Boeddinghaus & Co., Düsseldorf.

Tüchtige Gesellen auf Beddighaus (Koffen) werden angeheißt. Gewerkschaftsbüro.

Brandenburg a. d. S. Adelt Schmidt. Brandenburger Glasrohr-Industrie.

Einige tüchtige Möbel- u. Stuhlpolierer suchen bei gutem Lohn sofort einzutreten bei S. Franck, Möbelh., Gaidorf (Wartbg.).

Ein tüchtiger, selbständiger Polierer

der zugleich auch verputzen kann, wird per sofort bei hohem Akkordlohn für dauernd gesucht. Carl Pfeiderer, Württembergfabrik, Schorndorf (Württemberg).

Einen thätigen Drechslergesellen sucht Max Kühn, Drechslermeister, Bramstedt (Holstein).

Tüchtige Hornbrechler auf Horntheile für Thierbrüder gesucht. Off. u. K. 128 an die Exped. d. Zig.

Einen Korbmachergefallen auf Strandkörbe stellt sogleich ein. Kost und Logis im Hause. Gottf. Welle, Korbmachermeister, Bergen auf Rügen.

Tüchtiger Korbmacher auf Geflägen sofort gesucht. Guter Lohn, dauernde Stellung. W. Schröter, Barmen, Schuchardstr. 20.

Junge, tüchtige Korbmacher auf grün Gematt (Korbflaschen) finden bei sofortigem Eintritt dauernde Beschäftigung. Lothar Glasblüte zu Loth. Joh. Fr. Eschricht.

Korbmacher.

flotte Gestellarbeiter, auf Akkordlohn gesucht. Reise wird nach vier Wochen vergütet. Mathesius & Co., Gaußsch b. Leipzig.

Einen Korbmacher auf Großgeschlagen sucht Aug. Conrades, Hannover, Gaihölzgerstr. 41a.

Suche 5-6 Mann auf Fischkörbe. Dauernde Beschäftigung. D. Müller, Verhövede b. Seestemünde.

2 Korbmachergefallen auf Mattarbeit sucht K. Fliege, Stendal, Mühlstr. 15.

2-3 Korbmacher auf Gematt finden dauernde Beschäftigung. D. Reimers, Bremen, Wolmershäuserstr. 449.

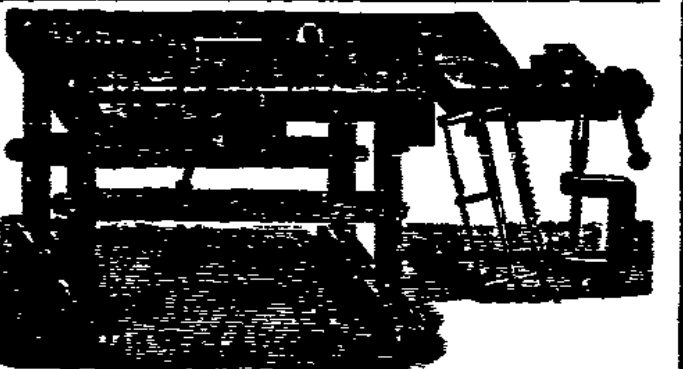
2 tüchtige Korbmacher auf groß Geflägen, einer davon auf Gestell u. Rep. H. Klingner, Plauen i. S.

Suche sofort einen perfekten Zurichter und Handschneider. Simon Dornbusch, Rorfab., Bonn.

C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.

- Bratsch's Politur „Unerreicht“
Bratsch's Glimmer-Wachbeizen
Bratsch's weltberühmt. Mattlack
Bratsch's Echellad-Porensfüller
Bratsch's Politur- u. Glanzlacke sind die besten.

Leipzig und Gewerbestadt Berlin.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Freislisten gratis und franko.

Meinel & Herold

Harmonika-Fabrik Klingenthal (Sa.) Nr. 103
versenden per Nachn. entrichtet
jede Concert-Zug-Harmonika,
ca. 34 cm hoch, m. garantirt stärk.
Stimm. offen. Klaviatur, verstell.
Stahlfederung, 3theil. (11-fach.)
Doppelbalg m. best. Metallgehäuse, Doppelbälgen etc.
10 Kst., 24 Höl. 2 Reg., 50 Stimm. III. 5.- Schale und
10 " 3 " 3 " 70 " 7.50 Kiste hierzu
10 " 4 " 4 " 90 " 9.50 Kasten
10 " 5 " 5 " 130 " 15.- Porto extra.
21 " 106 Stimm. III. 11.- 27.- u. 32.-
Häcker
Kamm. (185 versch. Nr.) pr. St. v. M. 3.50 bis 60.-
Musikwerke, Drehscheibe, Akkordzithern, Zithern, Violinen,
Klavieren, Harmonikas, Gitarren: Spezialnahme und
Sonderrate.
W. In bitten dringend, unsere Kamm. nicht
zu billiger Offerten zu verwechseln, ist der Preis niedriger,
ist auch die Qualität geringer. Vor anderem Einkauf
bestehen wir bitten, unseren großen illustrierten Katalog anzuseh.
Über 4000 Dankschreiben.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- u. sechsmonatli. Kurjus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister.

Brandenburg a. d. H.

Empfehle den Parteigenossen mein gut sortirtes Gut- und Nähengeschäft.

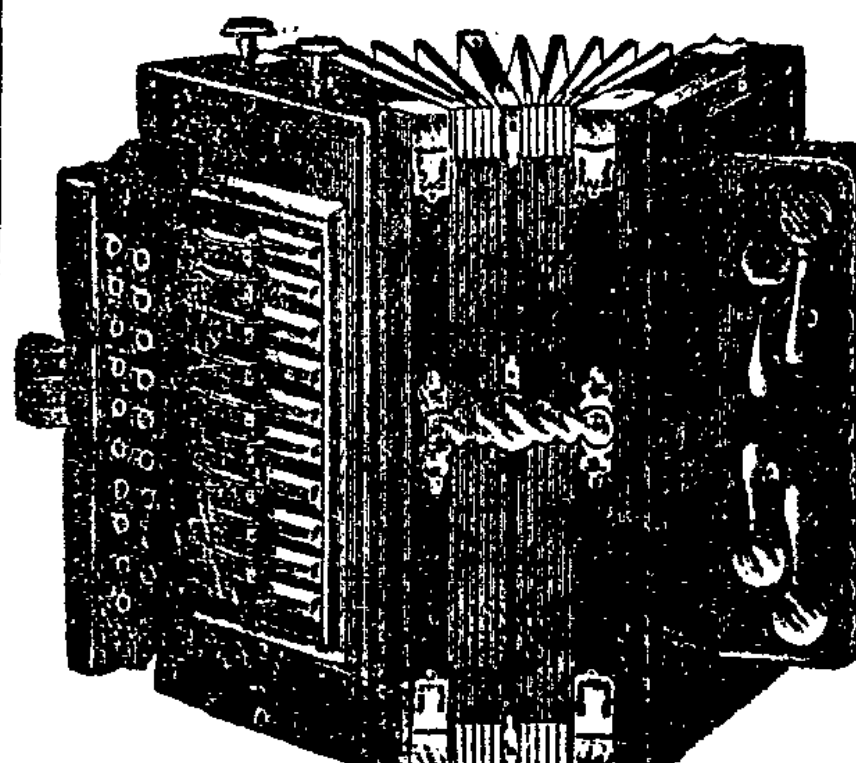
F. Stackebrandt, Hauptstr. 51.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Table with 2 columns: No. and Title, and 2 columns: Price and Author/Editor.

Zur Halbfeder und zum Jahreswechsel werden jedes Jahr neue Ansichtskarten ausgegeben. Parteebezug billig. Für Arbeiterfeste wird die Arbeiterbühne (Theaterstücke) fortan durch gute Stücke ergänzt.

Jeder Harmonikaspieler!



Sollte wissen, daß die berühmte Bertha-Concert-Harmonika nur von der thätlich ältesten und größten Neuenrade Instrumentenfabrik von Heint. Subr zu beziehen sind. Keine Konkurrenz darf solche liefern. Bis colossal billig für nur Mk. 8,50.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagani und englischgrün, rauchen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, sarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzsporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen sinnigen Ballen-glasartigen, blitablenken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flinsteinpapier sind überall gelobt, da sähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von K. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter sollantlicher Kontrolle.
Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Bei einem großen Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen. Verlag: A. Röste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.